

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DEUTSCHE RUSSLANDPOLITIK UND RUSSLANDS GASWIRTSCHAFT

■ ANALYSE Den Eskalationsprozess stoppen Ziele der Deutschen Russlandpolitik Gernot Erler (Freiburg)	2	■ ANALYSE Liberalisierung des russischen Gasmarktes – eine Zwischenbilanz Julia Kuszniir (Bremen)	13
■ STATISTIK Außenhandelspartner Deutschlands	5	■ GRAFIKEN ZUM TEXT Erdgasproduktion und Gasverkaufspreis in Russland	18
■ UMFRAGE »Freunde« und »Feinde« Russlands aus der Sicht der russischen Bevölkerung	5	■ NOTIZEN AUS MOSKAU #MeToo, Leonid Slutzkij und der Untergang des Abendlandes Jens Siegert (Moskau)	19
■ ANALYSE Die »Lex Nord Stream 2«: Ein energierechtliches oder außenpolitisches Projekt? Roland Götz (Aurich)	8	■ UMFRAGE Sperrung des Messenger-Dienstes »Telegram«	21
■ TABELLE ZUM TEXT Kapazitäten der Transitleitungen aus Russland nach Europa und in die Türkei	11	■ DEKODER Sanktionen für immer Wladislaw Inosemzew (Snob)	23
■ DOKUMENTATION Statement des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu Nord Stream 2	12	■ CHRONIK 16. – 28. April 2018	26

Den Eskalationsprozess stoppen Ziele der Deutschen Russlandpolitik

Gernot Erler (Freiburg)

Zusammenfassung

Obwohl die Krise zwischen Deutschland und Russland sich nicht durch alle Beziehungsebenen zieht und sich das Verhältnis in vielen Bereichen entspannt, ist nach wie vor eine politische Entfremdung präsent. Diese wird durch die unterschiedliche Wahrnehmung von ein und derselben politische Entwicklung bedingt. Sowohl ein Dialog, der im Bewusstsein einer gemeinsamen friedlichen Zukunft geführt werden muss, als auch der Abbau von Feindbildern ist nötig. Eine Basis dafür ist bereits in all den kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten vorhanden, die das Engagement für einen normalen und konstruktiven Austausch zwischen Europa, Deutschland und Russland sowie ein Verantwortungsbewusstsein, sich für ein gutnachbarliches Verhältnis und ein wechselseitiges Verständnis einzusetzen, widerspiegeln. Die tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen wird sich nur überwinden lassen, wenn endlich eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts voran kommt, wenn die Frage der Gültigkeit der Europäischen Friedensordnung geklärt werden kann und wenn zumindest mittelfristig eine Aufarbeitung der beschriebenen Entfremdungsprozesse eingeleitet wird.

Das Stabile

Man hört den Satz immer wieder: Wir durchleben gerade die schlimmste Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges. Dafür gibt es auch ausreichend Belege. Aber diese Krise zieht sich nicht durch alle Beziehungsebenen. Einige Bereiche erwiesen sich als wetterfest und resilient. Partiiell können wir das für die Wirtschaftsbeziehungen feststellen. Was den Warenaustausch angeht, hält Deutschland weiterhin Platz 2 hinter China. Das bilaterale Handelsvolumen hatte 2012 mit 80,8 Milliarden Euro einen Rekordwert erreicht, der sich – nicht allein, aber auch wegen der westlichen Sanktionen – bis 2016 um 40 % auf 48 Milliarden Euro reduzierte. Aber im Jahr 2017 konnte ein erneuter Aufwuchs von ca. 30 % erzielt werden. Noch immer engagieren sich über 5.000 deutsche Firmen direkt im Russlandgeschäft. Und wie die EU im Ganzen verlässt sich die Bundesrepublik auf russische Lieferungen von Öl, Gas und Steinkohle, die über ein Drittel des deutschen Energiebedarfs decken. Es gibt seit 2014 keinen EU-Russland-Gipfel und keine Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen mehr. Aber die »Strategische Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen« hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. Und im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich kann man ein Nachlassen des wechselseitigen Interesses füreinander nicht feststellen.

Als Beleg dafür können die über 900 Hochschul- und über 1.000 Schulparterschaften gelten. In Deutschland studieren 11.000 russische Studenten, 4.000 von ihnen mit DAAD-Stipendien. Die deutsche Sprache hat einen festen und nach Englisch einen guten zweiten Platz im russischen Bildungswesen – mit fast 17.000 Schu- len, die Deutschunterricht anbieten, und mit etwa 1,5

Millionen Deutschlernern. Die sogenannten Deutsch-Russischen Motivjahre werden weitergeführt und erfreuen sich guten Zuspruchs. Im Juli 2017 konnte das »Deutsch-Russische Jahr des Jugendaustausches« erfolgreich abgeschlossen werden, dem sich unmittelbar das »Deutsch-Russische Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften« anschloss. Von den 100 Städtepartnerschaften sind mindestens 80 wirklich aktiv, was man bei der letzten deutsch-russischen Städtepartnerschaftskonferenz in Krasnodar im Juni 2017 konkret erfahren konnte. Seit 2001 bemüht sich der »Petersburger Dialog« mit seinen 10 Arbeitsgruppen um eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft beider Länder, und die Programmangebote von solchen Initiativen wie dem »Deutsch-Russischen Forum«, dem »Deutsch-Russischen Austausch«, dem »Europäischen Austausch« und vielen anderen Gesellschaften auch auf regionaler Ebene stoßen auf ein ungebrochenes Interesse. Dass es auch eine ganze Reihe von gemeinsamen Großforschungsvorhaben gibt, die auch in schwierigen Umständen fortgeführt werden, ist in der Öffentlichkeit naturgemäß weniger bekannt.

Hinter all diesen Aktivitäten, die sich als nachhaltig und krisenfest erweisen, steht ein Engagement für einen normalen und konstruktiven Austausch zwischen Europa, Deutschland und Russland, stehen Neugier und Interesse an diesem großen Nachbarn und oft auch ein Verantwortungsbewusstsein dafür, sich nach all den historischen Katastrophen für ein gutnachbarliches Verhältnis, für freundschaftliche Beziehungen, für wechselseitiges Verständnis und für eine friedliche Zukunft einzusetzen. Jede deutsche Russlandpolitik kann sich auf diesen festen Untergrund verlassen und auf diesem Fundament aufbauen. Diese Gewissheit bleibt wichtig, wenn

es um die unvermeidbare Konfrontation mit der politischen Realität geht, der man nicht ausweichen kann.

Die Entfremdung

Wenn ein und dieselbe politische Entwicklung völlig unterschiedlich wahrgenommen wird, kommt es zu Entfremdung. Der Westen respektierte Michail Gorbatschow als einen der Väter der deutschen Einheit und sah Russland in der Jelzinzeit auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft, ein Weg, zu dem sich Präsident Putin bei seiner berühmten Rede im Bundestag 2001 noch ausdrücklich bekannte. Das »Partnerschafts- und Kooperationsabkommen« von 1997 sollte den Weg zur Zusammenarbeit weiter öffnen, die EU veröffentlichte Konzepte zur »Strategischen Partnerschaft« mit Russland, und Deutschland entwarf mit Präsident Medwedjew das umfassende Programm einer »Modernisierungspartnerschaft«. Spätestens 2007 aber wurde eine tiefe Kluft im Verhältnis zwischen Moskau und dem Westen sichtbar. Bei seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 attackierte Präsident Putin frontal die Politik des Westens, beklagte die amerikanische Weigerung, Russland als gleichwertigen Partner zu behandeln, und beschwerte sich über amerikanisches Hegemoniebestreben, über die Osterweiterung der NATO, über die Militärinterventionen im Kosovo und im Irak ohne völkerrechtliche Legitimation und über die »farbigen Revolutionen« in Georgien, der Ukraine und Kirgistan, bei denen es dem Westen um Regimewechsel zu Lasten von prorussischen Präsidenten gegangen sei.

Diese Kluft verfestigte und vertiefte sich, auch durch Präsident Putins Reaktionen auf die Bürgerproteste bei den Wahlen 2011/2012, mit dem Agentengesetz und dem Gesetz über »unerwünschte ausländische Organisationen«. Der Westen beklagte Russlands Weg in ein autoritäres Präsidialsystem und ging politisch immer mehr auf Distanz. Ohne den Blick auf diesen fortgeschrittenen Entfremdungsprozess lässt sich die Entstehung des Ukraine Konflikts kaum verstehen. Moskau interpretierte das Angebot von EU-Assoziierungsabkommen an die Ukraine und weitere Länder der »Östlichen Partnerschaft« als gegen Russland gerichteten Versuch, diese Länder politisch unter Kontrolle zu bringen und sie auf den Beitritt zu NATO und EU vorzubereiten. In Wirklichkeit wollte Brüssel mit diesen Abkommen einen Ersatz für die vor Ort erwünschte Integration in die westlichen Strukturen anbieten, weil eine solche Aufnahme in der EU ohne ausreichende Zustimmung und deswegen unrealistisch blieb. Es war also diese negative Interpretation der westlichen Absichten in Fortführung des beschriebenen Entfremdungsprozesses, die letztlich zur Annexion der Krim und zur Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine als russische

Antwort führte und damit zu dem bis heute andauernden Ukraine-Konflikt.

Seit diesen Ereignissen im Jahr 2014 besteht ein wesentlicher Teil der deutschen Russland-Politik im Bemühen, den Ukraine-Konflikt zu überwinden. Für Deutschland kam hierfür von vornherein ausschließlich eine politische Lösung infrage, und darauf hat sich auch die EU festgelegt. Im sogenannten Normandie-Format bemühen sich die vier Länder Deutschland, Frankreich, Ukraine und Russland um eine Konfliktlösung und stützen sich dabei auf die Berichte der OSZE-Beobachtermission über die militärischen Aktivitäten an der Frontlinie sowie auf die Verhandlungen der »Trilateralen Kontaktgruppe« mit ihren vier Arbeitsgruppen in Minsk, wo die Verhandler aus Russland und der Ukraine sowie aus den besetzten Gebieten unter Vermittlung der OSZE gemeinsam am Tisch sitzen. Mit dem Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 gibt es eine Art Friedensfahrplan, der 13 Punkte umfasst. Immer wieder haben sich seither die Präsidenten aus Kiew und Moskau zur Umsetzung des Minsker Abkommens bekannt, aber in der Realität wurde nicht einmal der erste Punkt der Vereinbarung umgesetzt, nämlich ein vollständiger Waffenstillstand.

Der Westen wirft Russland vor, im Ukraine-Konflikt massiv gegen Regeln und Prinzipien der Europäischen Friedensordnung verstoßen zu haben. Namentlich wird dabei das Souveränitätsrecht der Staaten, die Gültigkeit bestehender Grenzen und der Gewaltverzicht angesprochen, alles Regeln aus der »Schlussakte von Helsinki« (1975) und aus der »Charta von Paris für ein neues Europa« (1990), die auch für Russland gültig sind. Die tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen wird sich nur überwinden lassen, wenn endlich eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts voran kommt, wenn die Frage der Gültigkeit der Europäischen Friedensordnung geklärt werden kann und wenn zumindest mittelfristig eine Aufarbeitung der beschriebenen Entfremdungsprozesse eingeleitet wird. Andernfalls müssen wir mit einer weiteren militärischen Eskalation rechnen: Auf beiden Seiten stehen höhere Verteidigungsausgaben und Rüstungsmaßnahmen auf der Tagesordnung, Zahl und Umfang von militärischen Übungen nehmen weiter zu, und in Sachen Abrüstung mehren sich die schlechten Nachrichten, so beim KSE-Prozess, beim Plutoniumabkommen oder der weiteren Gültigkeit des INF-Vertrags.

Feindbild Westen

Die deutsche Politik ist besorgt über diese Eskalationsspirale und sucht nach Wegen aus der Krise. Sie wird dabei aber konfrontiert mit einem politischen Denken in Russland, das sich beschreiben lässt als Arbeit an einem »Feindbild Westen«. Auf dem Weg zur Präsidentenwahl

am 18. März 2018 dominierten dabei innenpolitische Faktoren. Die Präsentation eines »starken Russlands«, das sich auch militärisch vor keinem Kontrahenten ducken muss, diente zur Wählermobilisierung, was besonders bei Präsident Putins Rede vor der Föderalversammlung am 1. März mit seinem ausführlichen Bericht über neue nukleare Fähigkeiten Russlands zum Ausdruck kam. Der Westen ist darüber hinaus aber zunehmend irritiert über den internationalen Auftritt Moskaus, der von diesem »Feindbild Westen« geprägt wird. Hierzu gehören die unterschiedlichen Cyber-War-Attacks auf westliche Staaten, darunter auch auf geschützte Netze in Deutschland. In der russischen Unterstützung von rechtspopulistischen Bewegungen in Europa sieht die EU Versuche zur Destabilisierung, aber auch das Ziel, durch Spaltung eine Konsensbildung innerhalb der EU zu erschweren, wie sie etwa bei der Fortführung der Sanktionen erforderlich ist. Wenn die russische Unterstützung des Regimes in Damaskus dazu führt, dass Moskauer Vetos 12 Mal Syrien-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates blockieren und der Eindruck entsteht, als ob auch der mutmaßliche Einsatz von chemischen Waffen durch Assad politisch gedeckt werden soll, dann wird das im Westen als extrem destruktiv und provozierend wahrgenommen. Es ist dieses negative »Gesamtbild« einer antiwestlichen russischen Politik, das dann

Entscheidungen westlicher Länder beeinflusst. Im Fall Skripal etwa liegen zwar keine gesicherten Beweise für eine russische Verantwortung vor, aber fast 30 Länder entschlossen sich zu Sanktionen gegen Moskau, weil ein solcher Anschlag der russischen Seite zugetraut wird und in dieses »Gesamtbild« russischer Verhaltensweisen passen würde.

Eine Politik, die dem »Feindbild Westen« folgt, trägt nicht zur Vertrauensbildung bei. Eher bewirkt sie, dass sich die gefährliche Eskalationsspirale weiter dreht. Die deutsche Russlandpolitik will dazu beitragen, die tiefe Krise zwischen Russland und dem Westen zu überwinden. Dreh- und Angelpunkt ist dabei der Ukraine-Konflikt, der schon mehr als 10.000 Menschenleben gefordert hat und in dem jede Woche neue Opfer zu beklagen sind. Deutschland wird sich gemeinsam mit Frankreich weiter für eine politische Lösung dieses Konflikts einsetzen und schließt jeden militärischen Lösungsversuch definitiv aus. Wir setzen auf die Einsicht auf beiden Seiten, dass der politische und militärische Eskalationsprozess so nicht weiter gehen kann. Es ist höchste Zeit, den Schalter umzulegen. Feindbilder helfen uns nicht weiter. Deshalb brauchen wir den Dialog, der im Bewusstsein unserer beiderseitigen Verantwortung für eine bessere und friedliche Zukunft geführt werden muss.

Über den Autor

Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister a. D., war von Januar 2014 bis April 2018 Russlandbeauftragter der Bundesregierung und bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die OSZE.

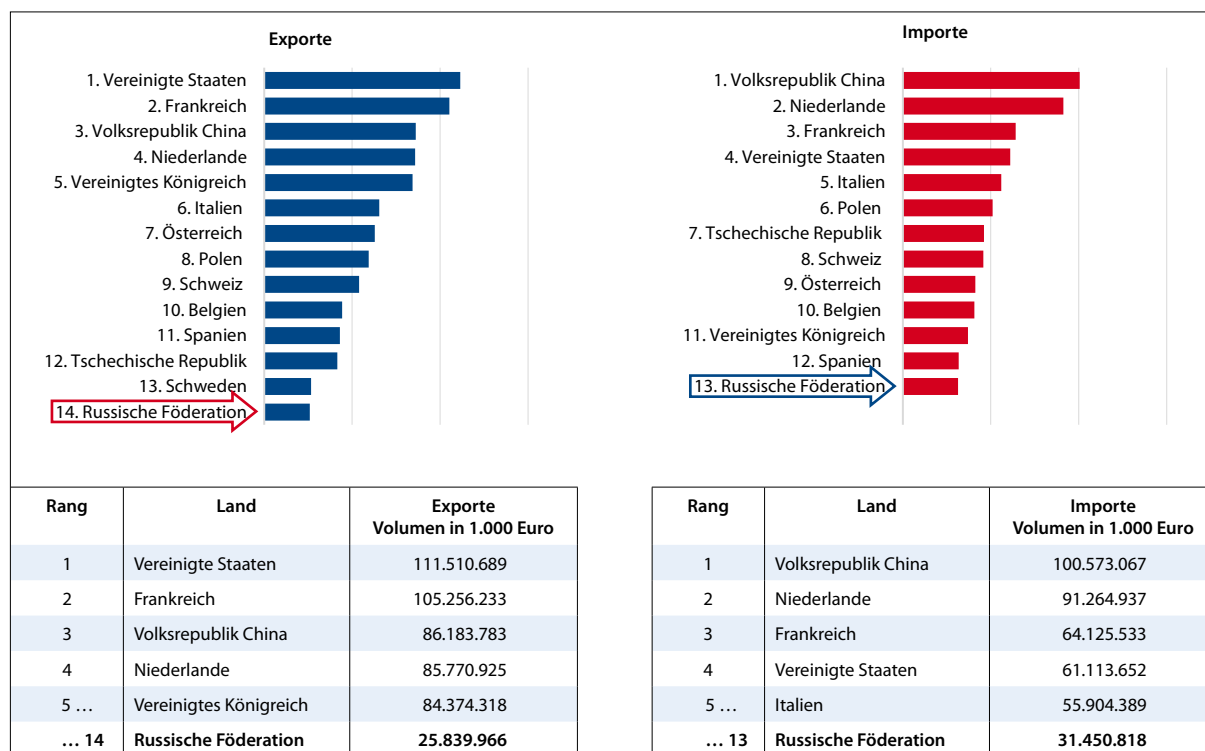
Lesetipps

Gernot Erler (Mai 2018): Weltordnung ohne den Westen? Europa zwischen Russland, China und Amerika. Verlag Herder, 208 S.

STATISTIK

Außenhandelspartner Deutschlands

Grafik 1: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2017

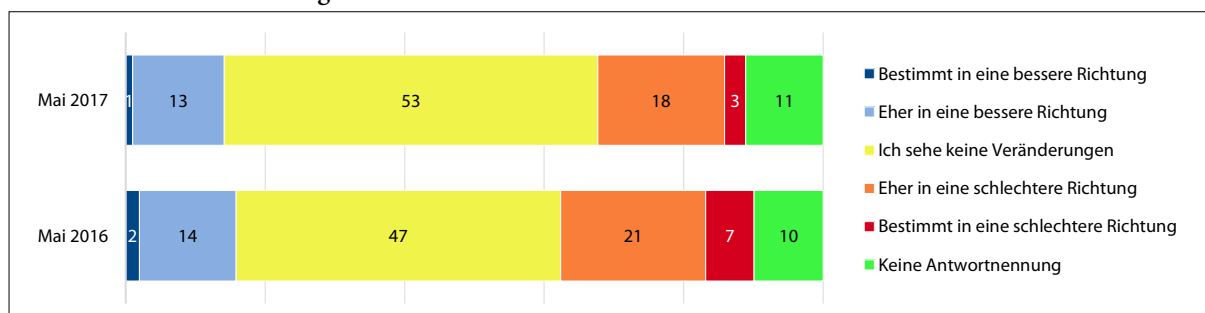


Statistisches Bundesamt (Destatis): Außenhandel, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2017, 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile>.

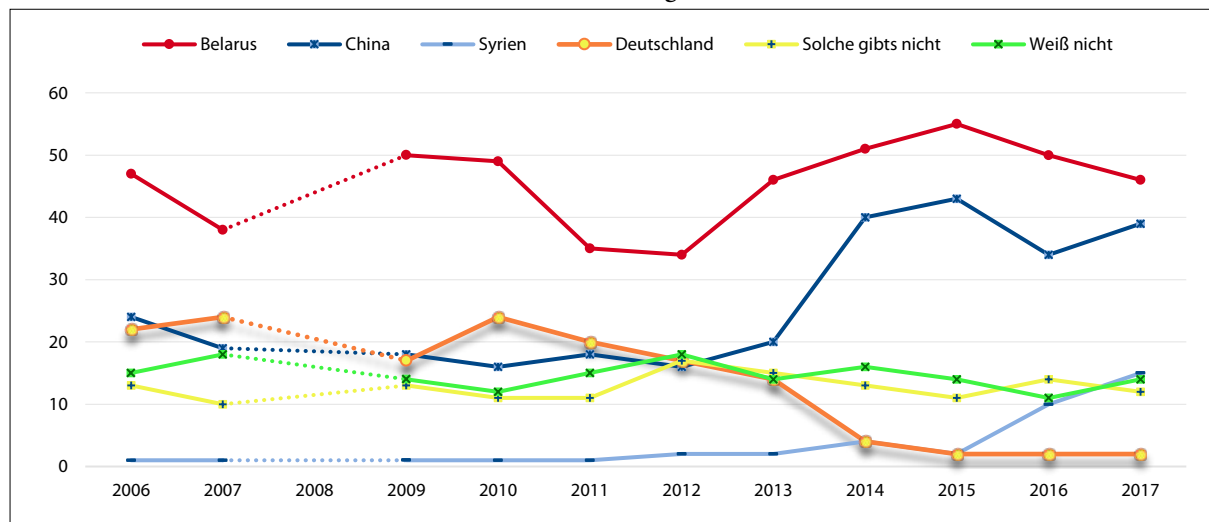
UMFRAGE

»Freunde« und »Feinde« Russlands aus der Sicht der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Hat sich in der letzten Zeit die Beziehung zwischen Russland und der EU geändert, und wenn ja, in welche Richtung?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. – 22. Mai 2017, <<https://www.levada.ru/2017/06/05/druzya-i-vragi-rossii-2/>>, 5. Juni 2017.

Grafik 2: Nennen Sie fünf Länder, die Sie als Russlands engste Freunde oder Partner bezeichnen würden.


Anm.: Den Respondenten wurde eine Liste vorgelegt. Mehrfachauswahl möglich. Für 2008 liegen keine Daten vor.

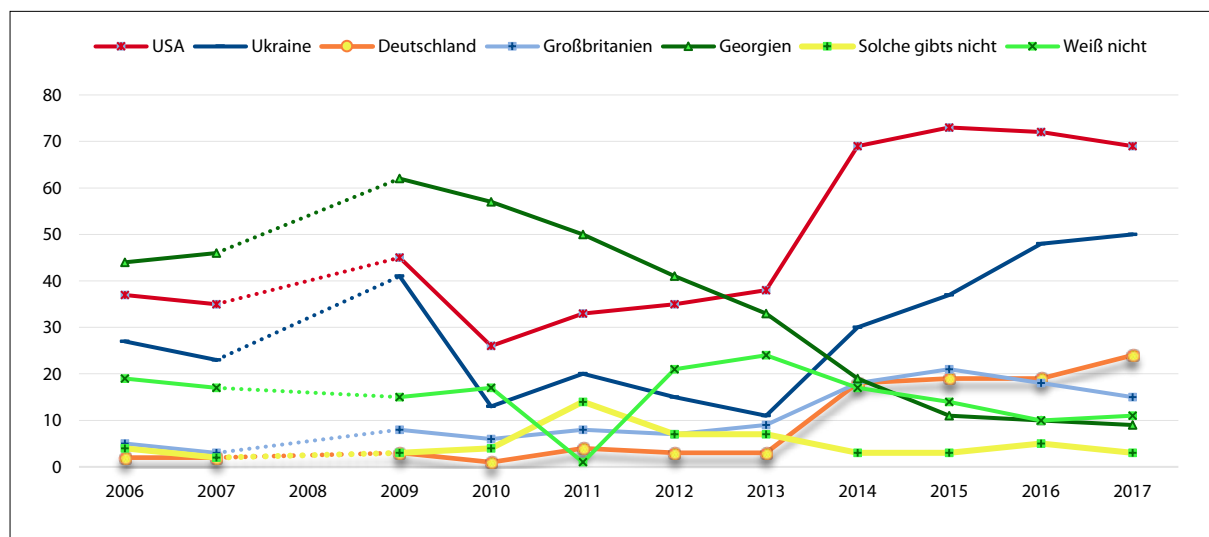
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. – 22. Mai 2017, <<https://www.levada.ru/2017/06/05/druzya-i-vragi-rossii-2/>>, 5. Juni 2017.

Tabelle 1: Nennen Sie fünf Länder, die Sie als Russlands engste Freunde oder Partner bezeichnen würden.

	2006	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1. Belarus	47	38	50	49	35	34	46	51	55	50	46
2. China	24	19	18	16	18	16	20	40	43	34	39
3. Kasachstan	33	39	38	32	33	28	31	37	41	39	34
4. Syrien	1	1	1	1	1	2	2	4	2	10	15
5. Indien	15	14	12	14	16	9	7	13	18	18	14
6. Armenien	14	15	15	15	11	11	12	15	18	13	12
7. Kuba	—	8	11	10	13	8	9	10	14	10	11
8. Usbekistan	6	6	9	5	7	5	5	6	8	9	9
9. Tadschikistan	3	7	9	4	5	4	5	8	7	6	9
10. Aserbaidschan	7	5	10	8	9	9	8	9	11	7	9
11. Kirgistan	7	7	9	4	6	5	5	6	10	7	8
12. Moldawien	4	4	5	5	4	4	6	7	2	2	8
13. Türkei	3	3	4	5	7	4	5	4	8	1	6
14. Serbien	4	3	5	5	4	4	3	5	8	6	5
29. Deutschland	22	24	17	24	20	17	14	4	2	2	2
33. USA	5	6	2	7	5	2	4	<1	1	—	2
Solche gibts nicht	13	10	13	11	11	17	15	13	11	14	12
Weiß nicht	15	18	14	12	15	18	14	16	14	11	14

Anm.: Den Respondenten wurde eine Liste vorgelegt. Mehrfachauswahl möglich; Antworten sind nach dem Jahr 2017 sortiert. Für 2008 liegen keine Daten vor.

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. – 22. Mai 2017, <<https://www.levada.ru/2017/06/05/druzya-i-vragi-rossii-2/>>, 5. Juni 2017.

Grafik 3: Welche Länder würden Sie als sehr unfreundliche oder »feindlich orientiert« im Bezug auf Russland nennen?


Anm.: Den Respondenten wurde eine Liste vorgelegt. Mehrfachauswahl möglich. Für 2008 liegen keine Daten vor.

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. – 22. Mai 2017, <<https://www.levada.ru/2017/06/05/druzya-i-vragi-rossii-2/>>, 5. Juni 2017.

Tabelle 2: Welche Länder würden Sie als sehr unfreundliche oder »feindlich orientierte« im Bezug auf Russland nennen?

	2006	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1. USA	37	35	45	26	33	35	38	69	73	72	69
2. Ukraine	27	23	41	13	20	15	11	30	37	48	50
3. Deutschland	2	2	3	1	4	3	3	18	19	19	24
4. Lettland	46	36	35	36	35	26	21	23	25	23	24
5. Litauen	42	32	35	35	34	25	17	24	25	23	24
6. Polen	7	20	10	14	20	8	8	12	22	24	21
7. Estland	28	60	30	28	30	23	16	21	19	16	16
8. Großbritannien	5	3	8	6	8	7	9	18	21	18	15
9. Georgien	44	46	62	57	50	41	33	19	11	10	9
10. Frankreich	1	1	1	<1	1	1	2	5	7	4	8
11. Türkei	1	1	1	1	1	1	25	1	1	29	8
12. Japan	4	3	3	3	9	6	7	5	6	5	6
14. Kanada	1	<1	1	<1	1	1	1	7	8	6	3
19. China	—	3	3	4	4	4	5	1	<1	1	2
Solche gibts nicht	4	2	3	4	14	7	7	3	3	5	3
Weiß nicht	19	17	15	17	1	21	24	17	14	10	11

Anm.: Den Respondenten wurde eine Liste vorgelegt. Mehrfachauswahl möglich; Antworten sind nach dem Jahr 2017 sortiert. Für 2008 liegen keine Daten vor.

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. – 22. Mai 2017, <<https://www.levada.ru/2017/06/05/druzya-i-vragi-rossii-2/>>, 5. Juni 2017.

Die »Lex Nord Stream 2«: Ein energierechtliches oder außenpolitisches Projekt?

Roland Götz (Aurich)

Zusammenfassung

Die EU-Kommission möchte den Geltungsbereich ihrer Gasmarkttrichtlinien auf die aus Nicht-EU-Ländern an die Außengrenzen der EU führenden Gasleitungen ausweiten, was eine Transformation des Gasmarktrechts in den Ländern erfordert, von denen diese Leitungen ausgehen. Der Vorschlag – der Absicht nach eine »Lex Nord Stream 2« – lässt sich weder energierechtlich noch energiewirtschaftlich, sondern nur außenpolitisch begründen. Wenn er von Rat und Parlament der EU gebilligt wird, könnte die Inbetriebnahme von »Nord Stream 2« an der fehlenden Zustimmung Russlands zu der Neuregelung scheitern, was viele Russlandkritiker in Europa und den USA begrüßen würden.

Gazproms Pipelinestrategie

Die Sowjetunion leitete ihre Erdgasexporte fast ausschließlich über das ukrainische Gastransitsystem. Um vom Transitmonopol der Ukraine unabhängig zu werden, begann Gazprom in den 1990er Jahren den Bau von Ferngasleitungen, welche die Ukraine umgingen (dazu Manfred Hafner in den Lesetipps). Erstmals entstand 1997 mit der durch Belarus und Polen nach Deutschland führenden »Jamal-Europa«-Pipeline eine derartige Exportroute. Der Anteil des Ukrainetransits nahm auf rund die Hälfte der Gasexporte Russlands ab, als 2003 die »Blue Stream« durch das Schwarze Meer in die Türkei sowie 2011 die »Nord Stream 1« durch die Ostsee nach Deutschland in Betrieb gingen. Außerdem griff Gazprom 2015 seine Pläne zur Verdoppelung der Kapazität der Ostseeleitungen durch »Nord Stream 2« wieder auf. Wenn diese Unterwasserleitung Ende 2019 in Betrieb gehen sollte, wird das ukrainische Gastransitsystem, wenn auch in reduziertem Umfang, schon deswegen weiter genutzt werden müssen, weil in Deutschland der zweite Strang ihrer Anbindungsleitung EUGAL planmäßig erst Ende 2020 fertig gestellt sein wird. Auch längerfristig wird ein Teil der ukrainischen Transitleitungen für Russlands Gasexport benötigt werden, weil nur so die jahreszeitlichen Schwankungen sowie ein etwaiger Anstieg des Gasbedarfs Europas abgedeckt werden können (siehe dazu die Modellrechnung in der Tabelle auf S. 11).

Nachdem Gazprom 2014 den Plan der an die Küste Bulgariens führenden »South Stream« aufgeben musste, weil ihre durch EU-Länder führenden Anbindungsleitungen mit den EU-Gasmarktregeln kollidierten, beschlossen Russland und die Türkei 2016 den Bau der durch das Schwarze Meer in den Westteil der Türkei führenden »Turkish Stream«. Diese Leitung wird voraussichtlich ab 2020 mit dem ersten Strang die Türkei und ab 2021 mit dem zweiten Strang (im umgekehrten Betrieb über die »Trans Balkan«-Pipeline oder

über neue Interkonnektoren) Südosteuropa sowie über die »Trans Adriatic«-Pipeline Griechenland und Italien beliefern.

Gazprom ist an der weitgehenden Verlagerung des noch über die Ukraine führenden Gasexports auf »Nord Stream 2« und »Turkish Stream« vor allem deswegen interessiert, weil dadurch das Risiko von Lieferunterbrechungen gemindert wird, die nach Auslaufen des mit Naftogaz Ukrainy 2009 geschlossenen, bis Ende 2019 gültigen Transitabkommens drohen. Dieses Risiko ist deswegen hoch, weil die Ukraine Ende 2015 ihren Gasimport aus Russland eingestellt hat, daher einen Lieferstopp durch Gazprom nicht mehr befürchten muss und versucht sein könnte, unangemessen hohe Transitgebühren zu fordern.

Die Strategie der EU-Kommission

Die EU-Kommission hält »Nord Stream 2« für die Gasversorgung Europas für nicht erforderlich und lehnt Gazproms Absicht der weiteren Reduktion des Ukrainetransits ab. Um der Ukraine Transitgebühren in Höhe von zwei bis drei Milliarden US-Dollar pro Jahr zu sichern, die von der Beibehaltung eines hohen Transitvolumens (2017: 93 Milliarden m³) abhängen, will sie hohe juristische Hürden für die Inbetriebnahme von »Nord Stream 2« errichten. Nachdem ein erster Versuch im Februar 2016 am Einspruch ihres eigenen juristischen Dienstes gescheitert war, bat die Kommission am 12.07.2017 den Rat der Europäischen Union (Ministerat) um ein Mandat, um mit Russland über die Geltung des EU-Gasrechts für »Nord Stream 2« verhandeln zu können. In seiner Stellungnahme vom 27.09.2017 wies der juristische Dienst des Rats dieses Ansinnen zurück und bestätigte die Nichtanwendbarkeit der EU-Gasrichtlinien auf aus Drittländern in die EU führende Gasleitungen (Importpipelines). Als Reaktion darauf legte die EU-Kommission am 8.11.2017 den Entwurf einer Änderung der 3. Gasrichtlinie vor, welche deren

Geltungsbereich auf Importpipelines ausdehnt (siehe Lesetipps). Weil »Turkish Stream« in das Nicht-EU-Land Türkei führt, werden nur deren Anbindungsleitungen Richtung Bulgarien und Griechenland von der eventuellen Neuregelung betroffen werden.

Energierechtliche Aspekte

Die EU-Kommission beabsichtigt, wobei sie den Begriff der Verbindungsleitung neu definiert, die Erweiterung des Geltungsbereichs der 3. Gasrichtlinie auf Importleitungen, welche aus Drittländern in Mitgliedsländer der EU führen. Damit würden für diese dieselben Prinzipien wie für den EU-Gasmarkt gelten: Die organisatorische Trennung von Gasförderung und Gastransport (»unbundling«), ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Gasleitungen (»third-party access«) sowie Transparenz der Tarifgestaltung. Wenn der Europäische Rat und das Parlament der EU die Vorlage beschließen sollten, müssen die EU-Staaten, falls die betroffenen Drittstaaten nicht zur Änderung ihres Energierechts bereit sind, ihren eigenen Energieunternehmen den Gasimport über die entsprechenden Leitungen untersagen.

Die Kommission begründet ihren Vorstoß energierechtlich damit, dass beim Betrieb von Importpipelines eine Gesetzeslücke aufträte und ein Konflikt von Gesetzen zu beseitigen wäre, wobei beide Begründungen sich offensichtlich widersprechen. Sie will die – nur ihrer Meinung nach vorhandene – Gesetzeslücke ausfüllen und den dadurch erst erzeugten Konflikt von Rechtsnormen durch Verhandlungen mit den betroffenen Drittstaaten beseitigen. Die Behauptung einer Gesetzeslücke wurde vom juristischen Dienst des Rats jedoch bereits zweimal zurück gewiesen, denn Verlegung und Betrieb von »Nord Stream 2« sind durch die »United Nations Convention on the Law of the Sea« (UNCLOS) geregelt, die auf dem Grundsatz der Freiheit der Meere basiert. In den vollständig durch »Ausschließliche Wirtschaftszonen« der Anrainerstaaten und ihren Festlandssockeln überdeckten Segmenten der Ostsee sind spezielle Belange der Küstenstaaten (Recht auf Förderung von Bodenschätzen, Schutz der natürlichen Umwelt) zu beachten. In den Territorialgewässern (12-Meilen-Zonen) gelten zusätzliche nationale Vorschriften der Anrainerstaaten (funktionale Souveränität), jedoch nicht die EU-Gasrichtlinien, weswegen keine Regelungskonflikte mit diesen auftreten können.

Nach Auffassung der Kommission baut die Neuregelung auf etablierter Praxis auf. Dies trifft zwar auf die Gasbeziehungen mit Norwegen, aber nicht auf die mit Russland zu. Gazprom müsste, um der Forderung der eigentumsrechtlichen Trennung von Förderung und Transport nachzukommen, das Eigentum an »Nord Stream 2« an ein unabhängiges Unternehmen übertra-

gen und Russlands Parlament müsste, um die Nutzung der Leitung auch durch andere Gasförderer zu ermöglichen, das 2006 eingeführte Exportmonopol Gazproms für Pipelinegas (das für Flüssiggas nicht gilt) rückgängig machen. Unabhängig davon, dass diese Bedingungen eine positiv zu bewertende Reform des Gasmarkts Russlands zur Folge hätten, ist äußerst unwahrscheinlich, dass Gazprom und Russlands Duma sie auf Druck der EU akzeptieren werden. Es ist auch nicht ersichtlich, welchen Verhandlungsspielraum die EU-Kommission nutzen will, da sie nicht von den Kernbestandteilen ihrer Initiative abgehen kann. Ein Misserfolg des Verhandlungsprozesses ist daher absehbar, der allerdings ganz im Sinne der Kritiker von »Nord Stream 2« wäre. Zwar könnte auf Antrag Deutschlands eine zeitlich begrenzte Ausnahme gewährt werden, doch ist dafür die Zustimmung der Kommission erforderlich, die damit ihr Anliegen – die sofortige Verhinderung der Inbetriebnahme von »Nord Stream 2« – ad absurdum führen würde.

Energiewirtschaftliche Aspekte

Im Änderungstext der Gasrichtlinie sowie in ihren Begleitdokumenten wird zur Begründung auf Artikel 194 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (Lissabon-Vertrag) verwiesen. Dort wird gefordert, dass die Energiepolitik der EU das Funktionieren der Energiemärkte, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Energiesparen, die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energien sowie die Verbindung der Energienetze sichern und verbessern soll. Wie dies durch die vorgeschlagene Erweiterung des Geltungsbereichs der 3. Gasrichtlinie erreicht werden soll, wird in den Verlautbarungen der Kommission nicht erklärt, die es ausdrücklich abgelehnt hat, eine Folgenabschätzung ihres Vorstoßes vorzulegen. Sie ignoriert, dass »Nord Stream 2« einige der Forderungen des Artikels 194 des Lissabon-Vertrags besser als das vorhandene ukrainische Gastransitnetz erfüllen würde: Die Versorgungssicherheit der EU-Länder wird nämlich dadurch erhöht, dass durch die neue Pipeline zusätzliche Transportkapazität bereitgestellt wird, wobei davon auszugehen ist, dass der Gastransit durch die Ukraine im erforderlichen Ausmaß bestehen bleiben wird.

Wie schon »Nord Stream 1« wird »Nord Stream 2« durch Gas von der Jamal-Halbinsel gespeist werden, wo die in Erschließung befindlichen, größten Gasvorkommen Russlands lagern. Durch die Streckenführung von der Jamal-Halbinsel bis zur Ostsee können gegenüber dem Weg an die Grenze der Ukraine rund 2000 km eingespart werden, was nicht nur ökonomisch effizienter, sondern auch ökologisch vorteilhafter ist, weil entsprechend weniger Erdgas in Kompressorstationen verbrannt werden muss. Zudem sind die in Russland und durch die Ostsee verlegten und noch zu bauenden

neuen Leitungen weniger reparaturanfällig und energieeffizienter als die aus Sowjetzeiten stammenden Gasleitungen des russischen und ukrainischen Netzes, die größtenteils ihre geplante Nutzungsdauer bereits überschritten haben. Erst 2018 wurde in der Ukraine das 2008 angekündigte Programm der Rekonstruktion des Gastransmissionssystems, das damals auf mindestens drei Milliarden US-Dollar veranschlagt wurde, mit der Modernisierung der Kompressorstation »Bar« begonnen, wofür 80 Millionen Euro investiert werden.

Das von der Kommission vorgetragene Argument, bereits »Nord Stream 2« würde es Gazprom ermöglichen, seinen Anteil an Europas Gasmarkt zu erhöhen, stimmt nicht, denn dieser hängt nicht von Transportrouten, sondern von Lieferkapazitäten und Preisen der Konkurrenz (darunter Flüssiggas) ab. Die von der Kommission genannten energiewirtschaftlichen Gründe für die Änderung der Gasrichtlinie sind somit allesamt nicht überzeugend.

Außenpolitische Aspekte

Gegner der »Nord Stream 2«, zu denen viele Experten und Politiker aus EU-Ländern, der Ukraine und den USA gehören, behaupten, dass diese Gasleitung, wie schon »Nord Stream 1«, kein ökonomisches, sondern ein politisches Projekt sei, das auf die Schwächung der Ukraine und die Vergrößerung des Einflusses Russlands in Europa abzielt (siehe den Beitrag von Anke Schmidt-Felzmann in den Lesetipps). Nicht nur würde Deutschland als zentraler Umschlagplatz für Gas aus Russland geopolitisch aufgewertet, sondern auch dazu verleitet, sich ohne Rücksicht auf die Interessen seiner osteuropäischen Nachbarn an Russland politisch anzunähern. Dass große Infrastrukturprojekte politische Aus- und Nebenwirkungen haben können, ist freilich eine banale Erkenntnis. Sie rechtfertigt nicht den Umkehrschluss, dass der Zweck dieser Projekte politischer Natur sei. Im Übrigen hat Gazprom sein Programm der Umgehungspipelines, zu dem »Nord Stream 2« gehört, lange vor dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts und der zunehmenden Entfremdung zwischen Russland und dem Westen geplant. Dass Deutschland (und nicht nur durch die Ostseepipelines) in Europa eine Rolle als Verteilungszentrum für Erdgas spielt, liegt an seiner geographischen Lage und ist keine Voraussetzung oder Folge einer politischen Annäherung an Russland.

Beim Widerstand gegen »Nord Stream 2« spielt der Wunsch eine Rolle, Russlands Ukraine- und Syrienpo-

litik zu missbilligen. Der hierfür vorgesehene Weg ist jedoch eine Ausweitung der Russlandsanktionen und nicht die Manipulation der EU-Gasmarktregeln.

Ein neues Transitregime

Äußerungen der Bundeskanzlerin auf der Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten am 10.04.2018, wonach Deutschland »Nord Stream 2« nur befürworten könne, wenn der Ukraine die Fortsetzung des Gastransits garantiert wird, wurden als Wende in der Haltung der Bundesregierung interpretiert. Jedoch hat die Kanzlerin bei dieser Gelegenheit nur einen Standpunkt wiederholt, der von ihr bereits in der Vergangenheit eingenommen worden war. Das Problem einer Transitmengengarantie besteht nicht in dem »ob«, sondern in dem »wieviel«, denn dass Gazprom grundsätzlich zur Fortsetzung des Ukrainetransits bereit ist, hat Gazprom-Chef Miller schon mehrfach erklärt. Die von ihm genannte Menge von 10 – 15 Milliarden m³ pro Jahr ist allerdings für die Versorgungssicherheit Europas zu knapp bemessen und zu gering, um das technische Funktionieren des ukrainischen Gasnetzes und der Gasspeicher zu gewährleisten.

Im Transitvertrag von 2009 hatte Gazprom mit Naftogaz Ukrainy eine Mindest-Transitmenge von jährlich 110 Milliarden m³ vereinbart, diese jedoch nicht eingehalten. Dafür wurde Gazprom im Februar 2018 vom Stockholmer Schiedsgericht (nach Saldierung mit Ansprüchen Gazproms gegenüber Naftogaz auf Bezahlung von Gaslieferungen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar) eine Schadenersatzleistung von 2,6 Milliarden US-Dollar auferlegt. Auch für 2018 und 2019 drohen Gazprom wegen Unterschreitung des Mindesttransits Ausgleichszahlungen in Milliardenhöhe. Bei einem Verzicht der Ukraine auf die Eintreibung zumindest dieser Beträge und der Bereitschaft beider Seiten zu einer fairen Festsetzung der Transitgebühren könnte ein neuer Transitvertrag abgeschlossen werden, der eine garantierte Transitmenge in angemessener Höhe vorsieht. Oder Gazprom könnte seine Bereitschaft erklären, an der Ostgrenze der Ukraine Gas entsprechend der dort auftretenden Nachfrage anzuliefern, das im Einklang mit den Regularien des bis dahin etablierten neuen Gasmarktmodells der Ukraine weitergeleitet wird. Damit würden ein vertragsloser Zustand und eine Gaskrise zum Jahresbeginn 2020 vermieden. Einer Änderung der EU-Gasmarktregeln bedarf es dazu nicht.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps

- Manfred Hafner: Russian Strategy on Infrastructure and Gas Flows to Europe, 2012, <<https://www.europeangashub.com/articles/russian-strategy-on-infrastructure-and-gas-flows-to-europe>>.
- Vorschlag der EU-Kommission zur Erweiterung der 3. Gasrichtlinie und Begleitdokumente, 8.11.2017, <https://ec.europa.eu/info/news/commission-proposes-update-gas-directive-2017-nov-08_en>.
- European Council, Opinion of the Legal service, 1.03.2018, <<https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2018/03/NS2-Gas-Legal-Opinion-March-2018.pdf>>.
- European Council, Opinion of the Legal service, 26.03.2018, <<https://www.euractiv.com/wp-content/uploads/sites/2/2018/03/2Opinion-Council-LS-EC-amendment-3rd-Gas-Directive.pdf>>.
- Katja Yafimava: The Council Legal Service’s assessment of the European Commission’s negotiating mandate and what it means for Nord Stream 2, Oktober 2017, <<https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2017/10/The-Council-Legal-Services-assessment-of-the-European-Commissions-negotiating-mandate-and-what-it-means-for-Nord-Stream-2.pdf>>.
- Anke Schmidt-Felzmann: Instrument russischer Geopolitik. Ernste Bedenken sprechen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2, in: Internationale Politik, März/April 2018, S. 100-106, <<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/30555>>.

TABELLE ZUM TEXT

Kapazitäten der Transitleitungen aus Russland nach Europa und in die Türkei

Tabelle 1: Kapazitäten der Transitleitungen aus Russland nach Europa und in die Türkei (Mrd. m³)

	Richtung	Ist	Bedarf (Modellrechnung)			Anbindung über
		2018	2019	2020	2021	
Ukraine Westkorridor	Slowakei, Tschechien, Deutschland, Österreich, Italien	110	110	85	50	
Ukraine Südkorridor	Rumänien, Bulgarien, Türkei	27	11	11		
Blue Stream	Türkei	16	16	16	16	
Jamal-Europa	Deutschland	32	32	32	32	
Nord Stream 1	Deutschland	55	55	55	55	OPAL*, NEL**
Nord Stream 2	Deutschland			25	55	EUGAL***, NEL**
Turkish Stream 1	Türkei		16	16	16	
Turkish Stream 2	Bulgarien, Rumänien / Griechenland, Italien				16	Trans-Balkan / TAP****
Insgesamt		240	240	240	240	
Ukraine-Transit		137	121	96	50	

* Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung; ** Nordeuropäische Erdgasleitung; *** Europäische Gas-Anbindungsleitung; **** Trans Adriatic Pipeline
 Quelle für 2018: Manfred Hafner: Russian Strategy on Infrastructure and Gas Flows to Europe, 2012, <<https://www.europeangashub.com/articles/russian-strategy-on-infrastructure-and-gas-flows-to-europe>>; für 2019 – 2021: Berechnungen von Roland Götz.

Statement des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zu Nord Stream 2

10. April 2018

Zur aktuellen Diskussion um das europäische Pipeline-Projekt Nord Stream 2 äußert sich der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Büchele wie folgt:

»Nord Stream 2 ist ein Projekt europäischer Energieunternehmen, das auf einer klaren unternehmerischen Kalkulation basiert: Die Wege zu den neuen Fördergebieten im Norden Sibiriens sind kürzer und die Transportkosten langfristig geringer, als über die bestehenden Routen durch die Ukraine. Auch im Vergleich zu LNG-Gas, das aufwändig verflüssigt werden muss, ist die Umweltbilanz besser und die Kosten sind niedriger.

Unser Gasimportbedarf wächst infolge rückläufiger Förderung und steigender Nachfrage in Europa, nicht zuletzt im Zuge der Energiewende, in der Gas als wichtige Brückentechnologie fungiert. Gerade erst haben die Niederlande angekündigt, die Erdgasförderung in Europas größtem Gasfeld ab 2022 deutlich zurückzufahren. Energieversorger befürchten dann drohende Engpässe.

Nord Stream 2 hilft dabei, zusätzliche Gasmengen nach Westeuropa zu bringen, was angesichts wachsenden Importbedarfs für stabile Preise für die Endverbraucher und die europäische Industrie sorgen wird. Damit wird auch die langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gewährleistet. Russisches Gas ist Teil eines diversifizierten europäischen Energiemixes, zu dem auch LNG-Gas gehören kann. Die Verbraucher können und sollen unter den marktwirtschaftlich günstigsten Alternativen auswählen können.

Die beteiligten Firmen haben im Vertrauen auf Rechtssicherheit bereits über vier Milliarden Euro investiert. Gesetzliche Grundlagen im Nachhinein aus politischen Gründen zu ändern, würde das Vertrauen in die Rechtssicherheit in der EU beschädigen.

Durch den erhöhten Energieimport-Bedarf in der EU wird nach Meinung von renommierten Experten das Pipeline-System der Ukraine auch weiterhin für den Transit benötigt. Gazprom hat seinerseits bereits angekündigt, die Ukraine auch in Zukunft als Transitland für Gaslieferungen zu nutzen. Dazu muss allerdings eine Modernisierung des aus der Sowjetzeit stammenden ukrainischen Pipelinenetzes erfolgen.

Die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine bergen ein permanentes Konfliktpotenzial. Alternative Transportwege können dazu beitragen, die gegenseitige Abhängigkeit beider Länder und damit das Potenzial für politische Spannungen zu reduzieren und das unternehmerische Risiko zu minimieren.

Die Ukraine, die bereits heute vollständig mit Gas aus Richtung der EU beliefert wird und nicht mehr auf direkte Lieferungen aus Russland angewiesen ist, kann von einem höheren Gasangebot in Europa in Form sinkender Preise profitieren. Dies erhöht auch die Versorgungssicherheit der Ukraine, die selbstverständlich gewährleistet werden muss.«

Quelle: <<http://www.ost-ausschuss.de/content/%E2%80%9Erussisches-gas-ist-teil-eines-diversifizierten-europ%C3%A4ischen-energiemixes%E2%80%9C>>

Wir bedanken uns beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. für die freundliche Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Liberalisierung des russischen Gasmarktes – eine Zwischenbilanz

Julia Kuszniir (Bremen)

Zusammenfassung

Der Beitrag bietet einen Überblick über die Liberalisierungsmaßnahmen und gegenwärtigen Entwicklungen auf dem russischen Gasmarkt und analysiert deren Folgen. Die durchgeführten Regulierungsänderungen haben die Struktur des russischen Gasmarktes wesentlich geändert. Die unabhängigen Gasunternehmen haben ihren Anteil auf dem Gasmarkt erheblich vergrößert. Sie verfolgen aktiv ihr Ziel, das Monopol von »Gazprom« in den Bereichen Produktion, Transport und Export von Erdgas zu brechen. Dies ist ihnen bereits im LNG-Bereich gelungen. Es wird aber noch eine ungewisse Zeit dauern, bis die Anzahl der russischen Gasexporteure auf dem europäischen Gasmarkt höher wird. »Gazprom« dürfte wohl in der nächsten Zeit für viele EU-Mitgliedstaaten Hauptlieferant von Gas bleiben.

Einleitung

Seit Jahren wird in der russischen Regierung und insbesondere in den zuständigen Ministerien über eine Liberalisierung des nationalen Gasmarktes diskutiert. Die hohen Gas- und Ölpreise sowie ein stabiles Wirtschaftswachstum hatten eine grundlegende Reform des Marktes stets verhindert. Seit 2014 entwickelt sich die russische Wirtschaft jedoch langsamer als geplant. Es wird intensiv nach Anreizen für den Markt gesucht und es werden verschiedene Vorschläge zur Umstrukturierung der Gasbranche ausgearbeitet. Die Vorschläge umfassen unter anderem die Aufhebung der staatlichen Regulierung der Gaspreise und die komplette Abschaffung des Monopols von »Gazprom« auf Gasexporte.

Für die russische Volkswirtschaft ist Erdgas unentbehrlich. Rund 70 Prozent der gesamten jährlichen Gasproduktion in Russland wird im Inland verbraucht, unter anderem zur Stromerzeugung, durch die Industrie und durch kommunalen Betriebe. Dabei ist der russische Gasmonopolist »Gazprom« der wichtigste Gasproduzent und Gasversorger. »Gazprom« fördert mehr als 80 Prozent seines Erdgases in Russland. 2016 produzierte das Unternehmen 419,1 Milliarden Kubikmeter Erdgas, davon wurden circa 215 Milliarden Kubikmeter Erdgas – über die Hälfte – auf dem russischen Binnenmarkt verkauft. Durch das hochzentralisierte System von Produktion, Transport und Export von Erdgas in einem Unternehmen besitzt »Gazprom« ein Monopol auf dem russischen Erdgasmarkt. Viele russische Regionen und Kommunen sind fast vollständig von »Gazprom« abhängig, u. a. dadurch, dass der Konzern in den entlegenen Förderregionen die Gasversorgung und die soziale Infrastruktur sicherstellt.

In den letzten Jahren verzeichnete »Gazprom« einen Produktionsrückgang (siehe Grafik 1 auf S. 18), der durch mehrere Faktoren bedingt war, unter anderem durch die natürliche Erschöpfung der Vorkommen und eine verspätete Einführung neuer Produktionstechno-

logien. Außerdem muss »Gazprom« seine internen Probleme mit der bestehenden Infrastruktur bewältigen, die einer tiefgreifenden Modernisierung bedarf. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise erschwert eine aktive Beteiligung des Staates an den Modernisierungsmaßnahmen. Entscheidend wäre hier die Beteiligung privater ausländischer Investoren. Allerdings hindern die verhängten westlichen Sanktionen westliche Investoren daran, bei der Gasförderung mit »Gazprom« zusammenzuarbeiten. Die Erschließung neuer Gasfelder wird dadurch praktisch unmöglich gemacht. Darüber hinaus erfordern auch die staatlichen Vorgaben für »Gazprom«, etwa der Aufbau der Gasversorgung in 67 russischen Regionen, hohe Investitionen. Aus der Perspektive der Regierung ist das Programm sinnvoll, da es die Regionen mit billigem inländischen Gas beliefert. Für »Gazprom« sind allerdings die meisten dieser Projekte weniger rentabel. Im Zeitraum von 2005 bis 2016 hat »Gazprom« in den Aufbau der Gasversorgung rund 295 Milliarden Rubel [nach heutigem Kurs umgerechnet rund 4 Mrd. Euro – Anm. d. Red.] investiert. Ausgaben solcher Dimension stellen für das Unternehmen eine erhebliche Belastung dar. Sie verhindern die Umsetzung der Erdgas-Förderprogramme des Konzerns. Ursprünglich hatte »Gazprom« erwartet, mehr als 615 Milliarden Kubikmeter Gas fördern zu können. 2017 waren es allerdings nur 414 Milliarden Kubikmeter. Wie das Beispiel »Gazprom« zeigt, steht die russische Gasbranche erheblichen Entwicklungsproblemen gegenüber, und ein Ausweg aus der Krise ist nur durch tiefgreifende Reformen der Branche möglich.

In diesem Beitrag sollen aktuelle Reformmaßnahmen und Entwicklungen auf dem russischen Gasmarkt analysiert und der Frage nachgegangen werden, ob eine volle Liberalisierung des Gasmarktes unter den bestehenden Umständen möglich ist und welche Folgen diese Prozesse hinsichtlich russischer Gasexporte in die EU haben könnten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Preis-

regulierung auf dem Binnenmarkt sowie die Aktivitäten und Strategien der wichtigen russischen Gasproduzenten. Anschließend werden die Auswirkungen der Reform auf die Exportstrategien der russischen Gaskonzerne diskutiert.

Regulierung der Erdgaspreise auf dem Binnenmarkt

Eine der Besonderheiten des russischen Gasmarktes besteht darin, dass er von den externen Gasmärkten isoliert ist und zu einem großen Teil vom Staat gesteuert wird. Bis in die erste Hälfte der 2000er Jahre stand der Markt unter der hundertprozentigen Kontrolle des Staates. Die fehlenden Investitionen, die »Gazprom« für die Erschließung neuer Gasfelder und für den Aufbau neuer Infrastruktur braucht, sowie die Einhaltung der WTO-Vorschriften angesichts der Verhandlungen zur Aufnahme Russlands in die WTO stellten die wichtigsten Anreize für die Liberalisierung der Gaspreise auf dem russischen Binnenmarkt dar. Im Jahr 2006 wurde durch Präsident Wladimir Putin ein allmählicher Übergang zu einer neuen Preisgestaltung von Gaspreisen auf dem Binnenmarkt angestoßen. Demnach findet der Erdgashandel entweder zu staatlich festgelegten / regulierten Preisen, oder zu freien Preisen auf einer unabhängigen Handelsplattform – einer Gasbörse – statt, und zwar unter Beteiligung von unabhängigen Gasproduzenten und »Gazprom«.

Derzeit werden die Gaspreise auf dem russischen Binnenmarkt nur für »Gazprom« staatlich festgelegt, und zwar durch die Zentralregierung und die föderalen (zentralen) Regulierungsbehörden. Diese Preise unterscheiden sich sowohl nach Verbraucherkategorien (jeweils für Privathaushalte und für die Industrie) als auch nach Preisspannen, die aufgrund der Transportentfernung von der Förderregion zum Gasverbraucher berechnet werden. Das Unternehmen ist außerdem verpflichtet einen Teil seiner Erdgasproduktion an der russischen Gasbörse zu verkaufen.

Die unabhängigen Gasproduzenten können wählen, wie sie ihre Gasproduktion auf dem Binnenmarkt verkaufen, bzw. die Vertragspreise selbst bestimmen. Allerdings müssen sie oft Rabatte auf ihre Mindesttarife gewähren, um mit »Gazprom« konkurrieren zu können.

Seit der Einführung im Jahr 2003 entwickelt sich der Börsenhandel kontinuierlich. Im Jahr 2016 wurden auf der »Saint-Petersburg International Mercantile Exchange« 16,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas verkauft – darunter 10,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas von »Gazprom«.

Der föderale Antimonopoldienst hat der russischen Regierung mehrmals ein Pilotprojekt zur Liberalisierung der Gaspreise in drei Förderregionen vorgeschlagen. Das Projekt sah eine Abschaffung der staatlichen

Regulierung der Großhandelspreise und den Übergang zur Marktpreisbildung sowie die Änderung der Tarife für den Gastransport vor. Die Zentralregierung lehnte diese Vorschläge ab. Allerdings startete 2017 ein zweijähriges Pilotprojekt zur Liberalisierung der Gaspreise für Industrieunternehmen in drei Förderregionen Sibiriens – im Gebiet Tjumen und im Autonomen Bezirk der Chanten und Mansen sowie dem der Jamal-Nenzen. »Gazprom« hat im Rahmen dieses Projektes das Recht erhalten, seinen Kunden eigene Rabatte zu gewähren, was zuvor nur die unabhängigen Gasproduzenten tun konnten. Diese staatliche Initiative stieß auf die Kritik von »Rosneft« und »Novatek«. Sie befürchten, dass »Gazprom« mit Hilfe solcher Projekte eine Monopolstellung in den Regionen erlangen könnte. Schließlich würde es die Handlungsräume für die unabhängigen Produzenten erheblich einschränken.

Energieexperten sind der Ansicht, dass die Zentralregierung im nächsten Schritt die strenge staatliche Regulierung der Gastarife für »Gazprom« abschaffen sollte. Stattdessen sollte eine Preisobergrenze für Gasverkäufe an industrielle Verbraucher festgelegt werden. Dies könnte die Interessen der russischen Wirtschaft und der unabhängigen Gasproduzenten ausbalancieren und den Wettbewerb zwischen den Gaslieferanten auf dem russischen Binnenmarkt wesentlich steigern.

Die Rolle unabhängiger Gasproduzenten

Seit Ende der 1990er Jahre wird in Russland Erdgas zunehmend von unabhängigen Produzenten gefördert, die sich in zwei Gruppen einteilen lassen. Zur ersten Gruppe gehören die russischen Ölunternehmen, die zusammen mit Erdöl immer auch in wesentlichem Umfang Gas produziert haben. Hohe Wachstumsraten, der Erwerb von Gasaktiva und die Ausarbeitung eines »Gasprogramms« durch die führenden Ölgesellschaften Russlands zeugen von der wachsenden Bedeutung der Gasproduktion. Diese wird auch dadurch ermöglicht, dass »Gazprom« den Ölkonzernen Zugang zu seinem Leitungsnetz gewährt. Zu den größten dieser Ölkonzerne gehören gegenwärtig »Rosneft« und »Lukoil«.

Die zweite Gruppe alternativer Produzenten bilden unabhängige Gasfirmen. »Novatek« ist eine der größten Firmen aus dieser Gruppe. Deren Gasproduktion begann ebenfalls Ende der 1990er Jahre anzusteigen, als der Zugang zum Erdgaspipelinennetz von »Gazprom« auf dem Binnenmarkt durch staatlichen Regulierungen erleichtert wurde. Mit den Jahren ist der Anteil der unabhängigen Gasproduzenten auf dem russischen Gasmarkt von 10 Prozent im Jahr 2000 auf 43 Prozent 2014 gestiegen und er soll in naher Zukunft 50 Prozent erreichen. Die Bedeutung vom Gasmonopolisten »Gazprom« ist dementsprechend rückläufig.

Der folgende Faktor hat zur erfolgreichen Markteroberung durch unabhängige Unternehmen beigetragen – die unabhängigen Gasproduzenten können ihren Kunden flexible Verträge bezüglich des Preises, der Vertragslaufzeit und der Gasliefermengen anbieten. Im Gegensatz dazu ist »Gazprom« zum großen Teil mit langfristigen Verträgen und festen Vertragspreisen an seine Kunden auf dem Binnenmarkt gebunden. Zu den wichtigen Abnehmern der unabhängigen Unternehmen zählen große Energieversorgungsunternehmen wie beispielsweise »InterRAO« und »Mosenergo«.

Wichtige unabhängige Gasproduzenten im Kurzportrait

»Rosneft«

Das Unternehmen wurde Anfang der 1990er Jahre gegründet. Von Anfang an hielt der Staat die Anteilsmehrheit an »Rosneft« in seinem Besitz und blieb dadurch Hauptaktionär von »Rosneft«. Häufige, politisch bedingte Wechsel der Unternehmensführung verhinderten die Ausarbeitung langfristiger Entwicklungsstrategien und die Umsetzung einer soliden Finanzpolitik. Ein Wendepunkt in der Entwicklung des Unternehmens war 2004 die Ernennung von Igor Setschin – eines engen Vertrauten von Präsident Wladimir Putin – zum »Rosneft«-Vorstandsvorsitzenden. Dieser leitete in den folgenden Jahren Konsolidierungsprozesse in der Energiebranche ein, die dem Unternehmen große Gewinne sicherten. So war »Rosneft« beispielsweise an der Zerschlagung des Ölunternehmens »Yukos« aktiv beteiligt, wobei sich der Konzern drei Viertel der Yukos-Aktiva sicherte. 2012 folgte eine weitere Übernahme, nämlich die des drittgrößten russischen Ölkonzerns »TNK-BP«, wodurch sich die Ölproduktion von »Rosneft« auf ein Mehrfaches erhöhte. 2013 baute das Unternehmen seine Gasaktiva durch den Kauf von »Itera« aus, des zu dieser Zeit führenden unabhängigen privaten Gasproduzenten in Russland. Dies machte »Rosneft« zu einem der größten, mächtigsten und einflussreichsten Energieproduzenten Russlands. 2017 hat das Unternehmen 68,4 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert. Seiner Entwicklungsstrategie zufolge plant Rosneft, die jährliche Gasproduktion bis 2020 auf 100 Milliarden Kubikmeter Erdgas zu erhöhen und dadurch unter den unabhängigen Gasproduzenten eine führende Position einzunehmen. So entwickelt sich »Rosneft« Schritt für Schritt zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten für »Gazprom« – beim Erwerb von Erdöl- und Erdgasaktiva wie auch hinsichtlich des Einflusses bei Präsident Putin. Die Interessen der beiden Energieproduzenten kollidieren bereits bei den geplanten Pipeline-Exporten nach China und in der Arktis. »Rosneft« hat schon Alli-

anzen mit dem amerikanischen »ExxonMobil« und der norwegischen »Statoil« für die Realisierung ihrer Projekte in der Arktis geschlossen.

Allerdings haben die Europäische Union und die USA im September 2014 wegen des Konflikts um die Ukraine die größten staatlich kontrollierten Energiekonzerne, darunter auch »Rosneft«, mit Sanktionen belegt. Die Strafmaßnahmen umfassen unter anderem das Verbot langfristiger Kreditaufnahmen auf den westlichen Finanzmärkten und Beschränkungen für westliche Technologielieferungen. So musste »Rosneft« die Umsetzung seiner Gemeinschaftsprojekte mit westlichen Unternehmen auf unbestimmte Zeit verschieben.

»Novatek«

Das Unternehmen stieg Ende der 1990er Jahre durch den Erwerb von Anteilen an Gasproduktionskonzernen und durch den Einstieg in Joint-Ventures in die Erdöl- und Erdgasförderung ein. Der Schwerpunkt der Förderung liegt vor allem im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen. Seit Beginn seiner Tätigkeit hat »Novatek« kontinuierlich seine Gasaktiva ausgebaut. So hat das Unternehmen beispielsweise im Jahr 2009 das Kontrollpaket des Unternehmens »Jamal LNG« gekauft, das der Ölhandelsfirma »Gunvor« gehört. Der Eigentümer von »Gunvor«, Gennadij Timtschenko (der Präsident Putin sehr nahesteht), erhielt infolge dieses Deals mehr als 13 Prozent der Aktien von »Novatek« und wurde damit zu einem der Hauptaktionäre des Unternehmens. Im Jahr 2010 folgten weitere Käufe von Anteilen an russischen Gasproduzenten, etwa von Tochterfirmen von »Gazprom«, wodurch »Novatek« zum Geschäftspartner von »Gazprom« wurde. Die erfolgreiche Vergrößerung der Gasaktiva spiegelte sich in den Produktionszahlen von »Novatek« wieder. Während das Unternehmen im Jahr 2004 noch rund 21,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas förderte, ist die Erdgasproduktion im Jahr 2017 auf das Dreifache gestiegen und betrug 63,4 Milliarden Kubikmeter. Damit gehört »Novatek« zu den größten unabhängigen Gasproduzenten Russlands.

Das Unternehmen versucht geschickt, seine Interessen im Spannungsfeld zwischen den beiden Rivalen »Gazprom« und »Rosneft« zu verfolgen und erfolgreich zu verwirklichen. So betreibt es beispielsweise eine gemeinsame Erdgasförderung mit »Gazprom« und hat sich verpflichtet, langfristig drei Millionen Tonnen Flüssiggas an »Gazprom« zu verkaufen. Allerdings unterstützt »Novatek« gleichzeitig aktiv »Rosneft«, den Konkurrenten von »Gazprom«, in Fragen der Liberalisierung der Erdgasexporte.

Im Dezember 2017 hat »Novatek« die erste Anlage des »Jamal LNG«-Projektes mit einer Kapazität von 5,5 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr in Betrieb genommen

und den ersten LNG-Tanker beladen. Dadurch wurde zum ersten Mal das Exportmonopol von »Gazprom« im Flüssiggasbereich durch einen privaten Konkurrenten gebrochen. »Novatek« behält seine Ambitionen und arbeitet an einem zweiten LNG-Projekt namens »Arctic LNG 2«. Die Anlage soll im Jahr 2023 in Betrieb gehen und 18 Millionen Tonnen Flüssiggas produzieren.

»Lukoil«

Mit einer Erdgasproduktion von 28,8 Milliarden Kubikmetern Erdgas im Jahr 2017 ist »Lukoil« der drittgrößte unabhängige Gasproduzent in Russland. Die Fördergebiete der Erdöl- und Erdgasproduktion von »Lukoil« befinden sich in Westsibirien, der Region der Jamal-Halbinsel und dem Timan-Petschora-Ölfeld, wobei sich der Konzern in den letzten Jahren auch nach Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Irak, Nord- und Westafrika orientiert und dort Förderstätten erschlossen hat. Das Unternehmen ist der einzige Energiekonzern Russlands, der mehrheitlich in Privatbesitz ist, nämlich in Besitz der Unternehmensspitze unter der Führung von Wagit Alekperow.

»Lukoil« hat eine langjährige strategische Partnerschaft mit »Gazprom« entwickelt, die für beide Seiten profitabel ist. 2014 unterzeichneten beide Unternehmen erneut ein zehnjähriges strategisches Partnerschaftsabkommen. Der Vereinbarung zufolge soll ein Joint-Venture gegründet werden, unter anderem für die gemeinsame geologische Exploration und Förderung von Öl und Gas in der Arktis und im Kaspischen Meer. Das Abkommen regelt zudem die Gastransporte von »Lukoil« durch das Pipelinesystem von »Gazprom«. Von der Zusammenarbeit erhofft sich »Lukoil« bei der Vergabe von Offshore-Förderlizenzen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber »Rosneft«, seinem Rivalen in Staatsbesitz. »Lukoil«, das als einziges russisches Privatunternehmen Erfahrungen in der Offshore-Exploration hat, könnte zukünftig stark davon profitieren. Außerdem dürfte die strategische Partnerschaft mit »Gazprom« es ermöglichen, in den Verhandlungen mit der russischen Regierung die Interessen beider Unternehmen gemeinsam zu vertreten und dadurch ihre Positionen gegenüber dem einflussreichen staatlichen Ölkonzern »Rosneft« zu stärken.

Insgesamt verfolgt jedoch jeder Akteur auf dem Gasmarkt seine eigenen Interessen: »Gazprom« ist daran interessiert, den Status quo so lange wie möglich zu bewahren. Die unabhängigen Gasproduzenten verlangen einen fairen Zugang zum Pipelinesystem, den sie als eine gute Möglichkeit sehen, ihre Absatzmärkte zu erweitern. Gleichzeitig wollen sie aber nicht, dass die Preise deutlich unter den aktuellen, regulierten Preisen des Binnenmarktes liegen.

Reformvorschläge der unabhängigen Gasproduzenten

Im Dezember 2013 trat ein Gesetz in Kraft, das den unabhängigen russischen Gasproduzenten den Export von Flüssiggas erlaubt, der über Tanker und nicht über Pipelines erfolgt. Die unabhängigen Gasproduzenten wollten aber darüber hinaus einen Zugang zu den Exportpipelines von »Gazprom« und haben hierzu eigene Pläne zur Liberalisierung des Gasmarktes ausgearbeitet.

Im Jahr 2015 gingen »Rosneft«, »Novatek« und »Lukoil« in ihren Forderungen gegenüber der russischen Regierung einen Schritt weiter und schlugen vor, das gesamte Pipelinesystem von »Gazprom« in ein vom Konzern getrenntes selbständiges Unternehmen auszugliedern. Dies würde den unabhängigen Gasproduzenten einen freien Zugang zu den Transportsystemen von »Gazprom« und damit Gasexporte nach Europa ermöglichen. Wie das aber umgesetzt werden soll, wurde nicht bekannt gegeben. Derzeit ist auch unklar, ob Präsident Putin diese Pläne unterstützen wird.

Viele Experten hoffen, dass die Aufspaltung von »Gazprom« in unabhängige Produktions- und Vertriebsunternehmen und der freie Zugang zu den Pipelines zu einem stärkeren Wettbewerb auf dem russischen Gasmarkt führen wird. In Regierungs- und Expertenkreisen wird auch die Option diskutiert, Lizenzen für die Entwicklung der Gasreserven, die »Gazprom« zwar bereits besitzt, aber wegen der finanziellen und technischen Probleme nicht nutzen kann, an die unabhängigen Gasunternehmen zu vergeben. Vermutungen bestehen, dass die Umsetzung dieser Idee zu einer Steigerung der Gesamtproduktion von Gas in Russland führen und einen stärkeren Wettbewerb der Anbieter auf dem Gasmarkt möglich machen würde.

Die Teilung von »Gazprom« in ein Förder- und ein Transportunternehmen würde ohne Zweifel das Exportmonopol von »Gazprom« brechen und den Anteil russischer Exporte am Weltgasmarkt erhöhen. Dieses Szenario wird aber von vielen russischen Behörden und auch von »Gazprom« selbst kritisch gesehen. Deren Ansicht nach soll das Exportmonopol von »Gazprom« weiter bestehen bleiben, weil die Gaslieferungen durch andere russische Energieunternehmen zu erhöhter Konkurrenz auf dem europäischen Energiemarkt und einer Senkung der Gaspreise im In- und Ausland führen könnten. Dies würde einen Rückgang der Exporteinnahmen und eine starke Belastung des russischen Haushalts bedeuten. Die Regierung müsste in der Folge die Sozialausgaben kürzen, was letztendlich soziale Proteste provozieren könnte. Zudem warnt »Gazprom«, dass solche Umstrukturierungen des Unternehmens zu einem Kontrollverlust über diese strategische Branche führen könnten.

Den Problemen von »Gazprom« liegt ebenso die Tatsache zugrunde, dass das Unternehmen den außen-

und innenpolitischen Zielen des Kremls dient und dadurch oft nicht nach Marktprinzipien handelt. Unter dem Druck der russischen Regierung hat »Gazprom« beschlossen, den Schwerpunkt auf Investitionen in die Pipelineinfrastruktur zu legen. Durch die neuen teureren Gaspipelineprojekte wie etwa »Nord Stream 2«, »Kraft Sibiriens« und »Turk Stream« sind die finanziellen Möglichkeiten von »Gazprom« ausgeschöpft. Zusätzlich beeinträchtigen die westlichen Sanktionen deren schnelle Umsetzung weiterhin erheblich, so dass das Unternehmen nicht in der Lage ist, gegenwärtig ein umfangreiches LNG-Projekt zu realisieren. Bis zum heutigen Tag hat »Gazprom« erst eine LNG-Anlage auf der Pazifikinsel Sachalin in Betrieb genommen (mit einer Produktion von 10,8 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr). Im Juni 2017 unterzeichneten »Gazprom« und »Shell« eine Vereinbarung zur Gründung eines Joint-Ventures für den Bau der Verflüssigungsanlage »Baltik NLG« im Leningrader Gebiet mit einer jährlichen Kapazität von 10 Millionen Tonnen Flüssiggas. Weitere geplante LNG-Projekte hat »Gazprom« jedoch aufgrund von Kostensteigerungen mehrfach verschoben. Im Gegensatz zu seinen aufstrebenden Konkurrenten »Rosneft« und »Novatek« scheint sich »Gazprom« in einer Abwärtsbewegung zu befinden.

Fazit

Die bisher durchgeführten staatlichen Liberalisierungsmaßnahmen auf dem russischen Gasmarkt haben den Anteil von unabhängigen Gasanbietern auf mehr als 40 Prozent erhöht. Das Liefermonopol von »Gazprom« im LNG-Bereich wurde gebrochen. Darüber hinaus hat

sich der Zugang zum Gastransportsystem für die unabhängigen Gaslieferanten wesentlich verbessert. Infolgedessen ist der russische Gasmarkt mit Gas übersättigt. Es herrscht ein intensiver Wettbewerb zwischen den Gaslieferanten. Und die unabhängigen Gasunternehmen tragen dazu bei, dass die Gesamtproduktion des Erdgases in Russland zukünftig steigen wird. Damit kann man die unabhängigen Gasunternehmen als Gewinner der aktuellen Reform des Gasmarktes betrachten. Die volle Liberalisierung des Gasmarktes, vor allem hinsichtlich der Preisregulierung wird allerdings noch ungewisse Zeit auf sich warten lassen.

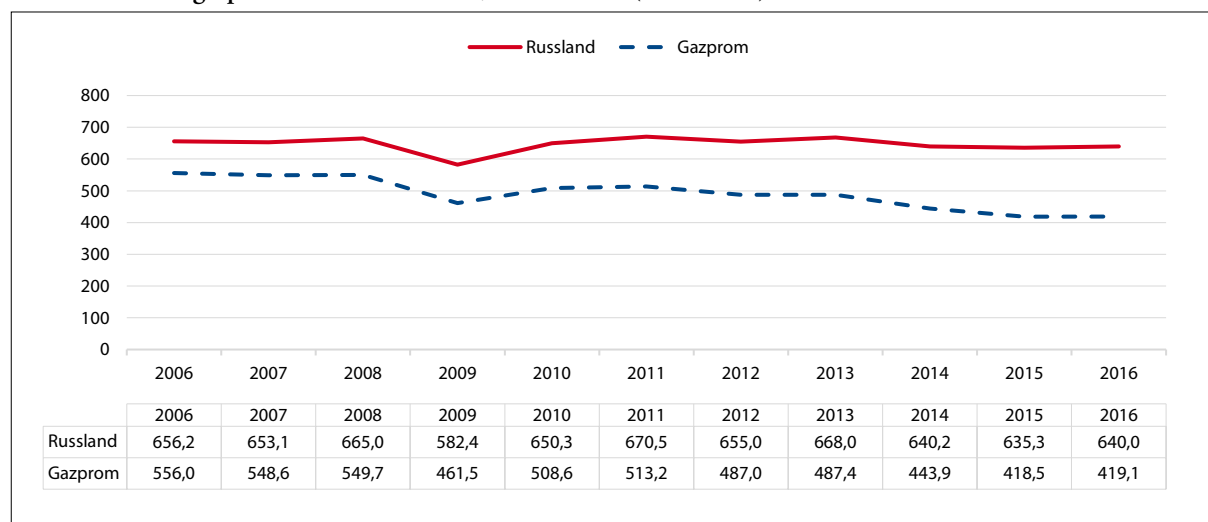
Im Vergleich zum Binnenmarkt entwickelt sich die Lage für russische Gasunternehmen auf dem europäischen Energiemarkt nicht so günstig, wie erhofft. Die Nachfrage nach russischem Gas wächst in Europa langsamer als erwartet. Der Schiefergas-Boom in den USA und die verschärfte (geo-)politische Lage in den für »Gazprom« strategisch wichtigen Regionen machen Gasgeschäfte mit Russland noch weniger attraktiv. Nicht zuletzt die juristisch komplizierte europäische Marktregulierung und der überaus lang andauernde Konflikt zwischen der EU und Russland um das dritte Energiepaket der EU wie auch die westlichen Sanktionen tragen dazu bei, dass unabhängige Gasunternehmen wie »Rosneft« und »Novatek« neue Exportrouten suchen und intensiv LNG-Projekte vorantreiben. Daher würde die Gewährleistung von freien Gasexporten durch das Pipelinenetz nicht automatisch die Anzahl der russischen Gasexporteure auf dem europäischen Gasmarkt erhöhen. »Gazprom« dürfte in diesem Fall wohl für viele EU-Mitgliedstaaten der Hauptlieferant von Gas bleiben.

Über die Autorin

Julia Kusznir hat als Postdoctoral Fellow an der Jacobs University in Bremen gearbeitet. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Energiepolitik in Mittel- und Osteuropa, Föderalismus und Regionalisierungsprozesse in Russland, Stabilisierung und Konsolidierung autoritärer Regime, die Interaktionen der Akteure in Wirtschaft und Politik sowie Formen und Auswirkungen informeller Institutionen und Praktiken auf die politischen Prozesse in GUS-Staaten.

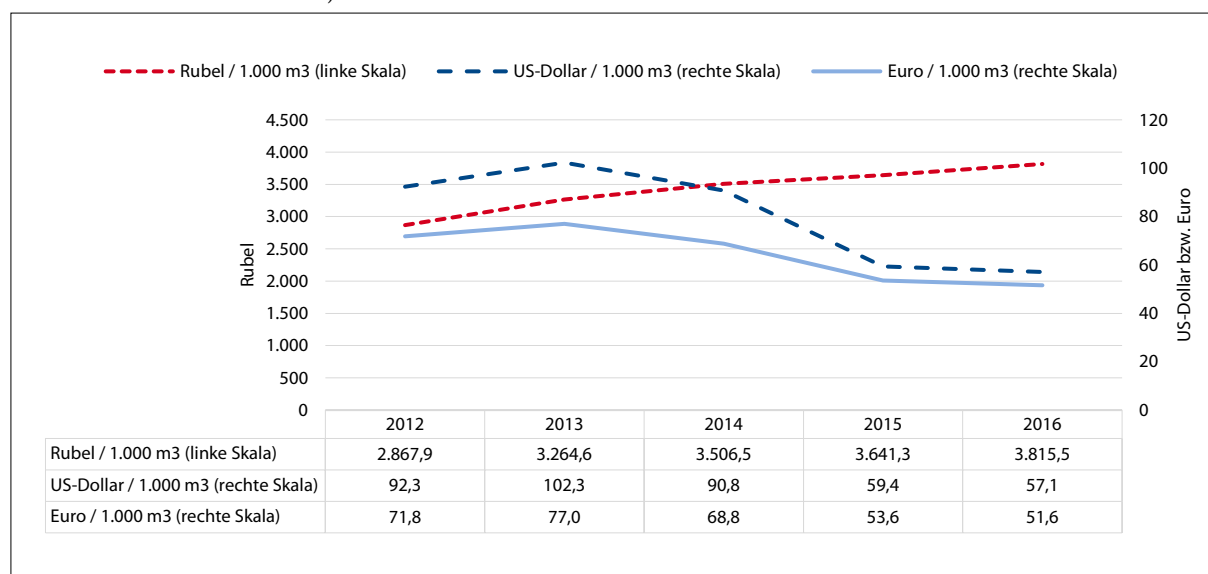
Erdgasproduktion und Gasverkaufspreis in Russland

Grafik 1: Erdgasproduktion in Russland, 2006 – 2016 (in Mrd. m³)



Quelle: Vedomosti, Gazprom, Interfax, Link: <<https://www.vedomosti.ru/business/articles/2017/03/19/681780-dobicha-gaza-rossii#%2Fgalleries%2F140737493185894%2Ffullscreen%2F1>>

Grafik 2: Durchschnittlicher Gasverkaufspreis in Russland, 2012 – 2016 (ohne Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer und Zölle)



Quelle: Gazprom, <<http://www.gazprom.ru/about/marketing/russia/>>

#MeToo, Leonid Sluzkij und der Untergang des Abendlandes

Jens Siegert (Moskau)

Lange Zeit sah es so aus, als ob die #MeToo-Kampagne am neuen Russland abprallen würde. Zwar wurde in fast allen Medien ausführlich über den Weinstein-Skandal und #MeToo berichtet und in den sozialen Netzwerken heftig diskutiert, aber diejenigen, die mit den belästigten und vergewaltigten Frauen fühlten, blieben nur wenige. Es dominierte, besonders natürlich in den staatlichen Medien, aber auch sonst, die Auffassung, das sei ein typisch »westliches« Phänomen, eine Art politisch korrekte Hysterie, die vor allem zweierlei zeige: die Meinungsdictatur eines Mainstreams der »political correctness« und die fortschreitende Degradierung westlicher Gesellschaften, ihr Abweichen von einem »natürlichen« Weg. Russische Männer und Frauen, so die ebenso stereotype wie vorherrschende Meinung, seien dagegen noch »echte Männer« und »richtige Frauen«.

Doch dann geschah im Februar etwas Unerwartetes. Drei in der Staatsduma, dem Parlament, akkreditierte Journalistinnen beschuldigten anonym den stellvertretenden Dumavorsitzenden Leonid Sluzkij, sie in den vergangenen Jahren sexuell belästigt zu haben. Sluzkij – ein einflussreicher Mann, soweit das im System Putin mit einem nicht sehr einflussreichen Parlament überhaupt möglich ist – wies die Anschuldigen zurück. Damit schien auch diese Sache aus der Welt. Doch diesmal klappte nicht, was bisher noch immer geklappt hatte. Die Journalistinnen fanden Unterstützung, und zwar nicht nur von den üblichen Verdächtigen, der liberalen Öffentlichkeit, NGOs und Feministinnen. So stellte sich die, wenn es um den Westen geht, meist zynische und erbarmungslose Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa auf ihre Seite. Sie sei einst ebenfalls von Sluzkij bedrängt worden, sagte sie öffentlich.

Kurze Zeit später verließ eine vierte Journalistin, Jekaterina Kotrikadse vom Auslandsfernsehsender »RTVI«, den Schutz der Anonymität. Sie beschuldigte Sluzkij, er habe sie bereits 2011 während eines Interviews in seinem Büro angefasst und versucht zu küssen. Sie habe sich damals losgemacht und sei fortgelaufen. Geschwiegen habe sie bisher, weil sie Schwierigkeiten befürchtet habe. Kotrikadse fügte hinzu, sie wisse, dass sexuelle Belästigung von Journalistinnen ein weit verbreitetes Phänomen in unterschiedlichen staatlichen und Regierungsinstitutionen sei, aber niemand es wage, den Mund aufzumachen. Der Chefredakteur von »RTVI« Alexej Piwowarow unterstützte seine Mitarbeiterin und forderte die anderen belästigten Journalistinnen auf, ihre Namen ebenfalls öffentlich zu machen.

Im Parlament selbst gab es fast ausschließlich Unterstützung für Sluzkij. Nur eine Abgeordnete, die prominente ehemalige Fernsehmoderatorin Oksana Puschkina, unterstützte ihre ehemaligen Kolleginnen nach den Anschuldigungen. Sie forderte, einen seit 2003 im zuständigen Parlamentsausschuss ruhenden Gesetzentwurf zu reaktivieren, mit dem, sollte er Gesetz werden, sexuelle Belästigung eine Straftat wird. Aber nur eine weitere von 450 Abgeordneten schloss sich dieser Forderung öffentlich an. Ein erst jüngst im Parlament eingerichteter »Frauenklub« nannte die Vorwürfe der Journalistinnen gegen Sluzkij dagegen eine »gezielte Provokation«. Die Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Familie, Frauen und Kinder, Tamara Pletnjowa, bezweifelte ebenfalls die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen und sagte, ganz im Geist des propagierten Andersseins: »Wir sind hier doch nicht in Amerika oder Europa. Warum sollen wir alles nachmachen? Eine Frau, die das nicht will, wird auch nicht belästigt.« Der mächtige Parlamentssprecher Wjatscheslaw Wolodin, vormals stellvertretender Leiter für Innenpolitik der Präsidentenadministration, fragte die Journalistinnen öffentlich polemisch: »Es ist gefährlich in der Duma zu arbeiten? Dann wechselt doch den Arbeitsplatz.«

Drei der Journalistinnen, Jekaterina Kotrikadse, sowie Farida Rustamowa und Darja Schuk vom unabhängigen Internetsender »TV Rain« und der Medienholding »RBK«, beschwerten sich schließlich beim ständigen Ethikausschuss des Parlaments. Der kam Ende März nach einer getrennten und nicht öffentlichen Anhörung erst mit den beiden Beschwerdeführerinnen und dann mit Sluzkij wenig überraschend zu dem Schluss, dass es an Sluzkij's Verhalten nichts zu rügen gebe. Daraufhin beschlossen die Redaktionen der belästigten Journalistinnen fortan die Duma-Berichterstattung zu boykottieren. Zahlreiche andere Redaktionen, vor allem Zeitungen und Internetmedien schlossen sich an. Im Gegenzug entzog der Pressedienst der Staatsduma den beteiligten Medien die Akkreditierung im Parlament.

Der Kreml hatte sich derweil öffentlich zurückgehalten. Erst recht spät wurden Äußerungen von Präsidentensprecher Dmitrij Peskow bei einem halböffentlichen Auftritt vor Studenten einer Moskauer Hochschule bekannt. Er verglich die russischen Journalistinnen mit den Schauspielerinnen, die über die Nachstellungen von Harvey Weinstein geklagt hatten. Diese hätten viel dafür getan, um »Stars zu werden«. Und weiter: »Es kann sein, dass Weinstein ein Dreckskerl ist, aber niemand ist ja zur Polizei gegangen und hat gesagt: Wein-

stein hat mich vergewaltigt. Nein. Sie wollten 10 Millionen Dollar verdienen. Wie heißt eine Frau, die für 10 Millionen Dollar mit einem Mann schläft? Kann es sein, dass man sie, grob gesagt, eine Prostituierte nennt?» Diese Äußerung Peskows, der als enger Putinvertrauter als einer der einflussreichsten Männer in Russland gilt, illustriert gut und erschreckend das Niveau des herrschenden Geschlechterdiskurses in Russland.

Dass es sich aber auch in Russland schon um Abwehrgefechte handelt (wenn auch grobe und noch leicht zu gewinnende) zeigt ein Artikel von Wladislaw Surkow. Der ehemalige Chef-*Spindoctor* des Kremls zeichnete sich schon immer durch ein besonders feines Gespür für tektonische Verschiebungen und ebenso für die sich daraus ergebenden manipulativen Möglichkeiten aus. Selten ist klar, wieviel er von dem glaubt, was er sagt oder schreibt. Alles wirkt immer postmodern verspielt. Der Text, um den es mir hier geht, wurde schon vor dem Sluzkij-Skandal veröffentlicht, ausgerechnet und sicher nicht zufällig am 14. Februar, dem Valentinstag. Er ist mit »Walentinka in purpurnen Tönen« (<<http://ruspioner.ru/honest/m/single/5725>>) überschrieben und kann durchaus als Kommentar zur #MeToo-Debatte gelesen werden.

In seinem Artikel hebt Surkow die Geschlechterfrage auf eine grundsätzliche Ebene. Erst fragt er, ob sich irgendjemand überhaupt an Frauen erinnern könne, die Großes geschaffen hätten, natürlich nur, um die Frage gleich zu verneinen. Denn die Sphäre, in der Großes geschaffen wird, sei eine Männerdomäne. Warum, fragt Surkow weiter, würden dann »plötzlich Frauen in diese männliche Welt aufgenommen?«, um sogleich eine überraschende Antwort zu geben: Weil wir vor dem Untergang der abendländischen Welt stünden, wie wir sie kennen. Es gebe, so behauptet er (es geht in Russland anscheinend nicht ohne Oswald Spengler) »alle Anzeichen eines Untergangs Europas (besser, Euramerikas)«.

Der wachsende öffentliche weibliche Einfluss sei nämlich nicht der Grund für irgendetwas, sondern lediglich ein Symptom, eine »Manifestation der Dekadenz«. In politischen Systemen, so führt Surkow weiter aus, die sich nach wildem Wachstum erschöpften, sozusagen in ihre letzte Phase einträten, neigten die klügeren Männer dazu, Frauen an die Führung zu lassen. Sie überließen es dann diesen Frauen das untergehende System abzuwickeln, während sie, also »die klugen Männer«, keine Kraft mehr in eine verlorene Sache steckten, sondern schon mit »echten Männerdingen« beschäftigt seien, nämlich damit, »eine neue Realität zu erfinden und zu konstruieren«.

Man könnte das als intellektuelle Jämmerlichkeit abtun, wenn ein Mann behauptet, dass *eigentlich* immer noch Männer führen, auch wenn Frauen an der Führung sind, wäre damit nicht ein wunder Punkt bei vielen russischen Männern getroffen. Die große Verunsicherung darüber, was heute einen Mann ausmacht, trifft sie mindestens ebenso unvorbereitet wie ihre westlichen Geschlechtsgenossen vor 50 Jahren. Auf diese Verunsicherung legt sich aber zusätzlich noch das Leiden am Abstieg des eigenen Landes von der Weltmacht zu etwas, das noch nicht ganz ausgemacht, aber ganz sicher weniger groß, weniger prächtig und weniger mächtig ist. Mit diesen Sentimenten spielt Surkow, egal ob er den Unsinn seines Textes nun selbst glaubt oder nicht. Viele andere Männer (und auch einige Frauen) meinen das in Russland aber sehr ernst, mitunter todernst. Doch aufzuhalten dürfte #MeToo (und überhaupt die Veränderung der Geschlechterverhältnisse) auch in Russland trotzdem nicht sein.

Vorige Woche wurde bekannt, dass sich eine russische Nachwuchsbiathletin über die sexuelle Nötigung ihres Trainers beschwert hatte. Noch bevor der Skandal öffentlich wurde, war der Mann gefeuert. #MeToo wirkt – auch in Russland.

Dieser Beitrag von Jens Siegert erschien in seinem Blog (russland.boellblog.org/). Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und bemüht sich seit zwei Jahren im Auftrag der EU Public Diplomacy zu fördern.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, weiterhin Beiträge von Jens Siegert veröffentlichen zu dürfen und dankt für die Erlaubnis zum Abdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

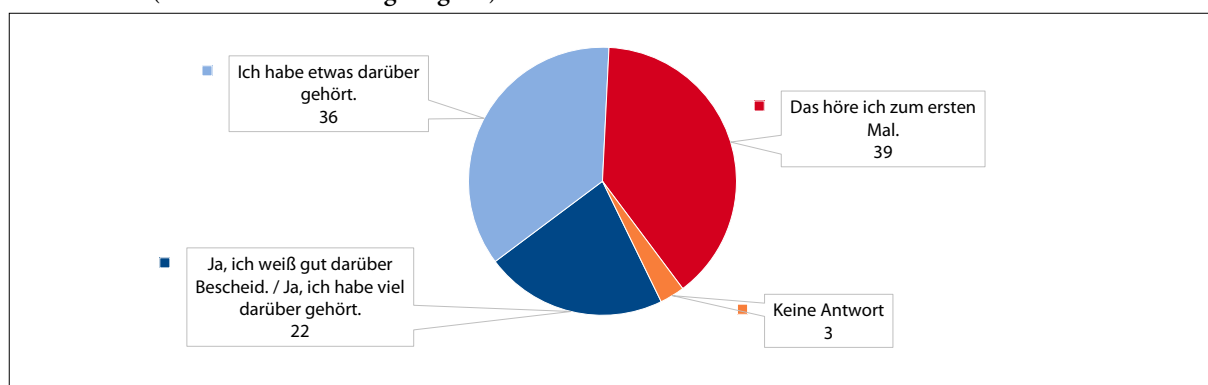
UMFRAGE

Sperrung des Messenger-Dienstes »Telegram«

Der Messenger-Dienst »Telegram« ist vergleichbar mit einem Kurznachrichtendienst wie WhatsApp, mit dem Nachrichten, Bilder, Videos, etc. unter Nutzern über das Internet per Smartphone ausgetauscht werden können. »Telegram« fiel 2017 unter das »Gesetz über die Bereitstellung von Dechiffrierschlüsseln zur Entschlüsselung von Nachrichten«. Der Nachrichtendienst wird als Internetportal interpretiert, das sich bei einer Besucherzahl von mehr als 3.000 Besuchern täglichen bei der Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« zu registrieren hat und gesetzlich verpflichtet ist, die Daten seiner Nutzer ein halbes Jahr lang auf russischen Servern zu speichern. Der Zugang und die Speicherung der Daten soll russische Sicherheitsdienste bei der Terrorabwehr und bei Strafverfolgung unterstützen. Nach der Weigerung des Unternehmens Nutzerdaten auf russische Server zu speichern und Dechiffrierschlüssel für Nachrichten von »Telegram«-Nutzern an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB zu übergeben, begann »Roskomnadsor« massenweise IP-Adressen zu sperren, über die die Nachrichten des Dienstes verschickt werden. Damit soll der Dienst der App eingestellt werden. Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Agora zufolge, blockierten russische Behörden 2017 jeden Tag durchschnittlich 244 Webseiten in Russland.

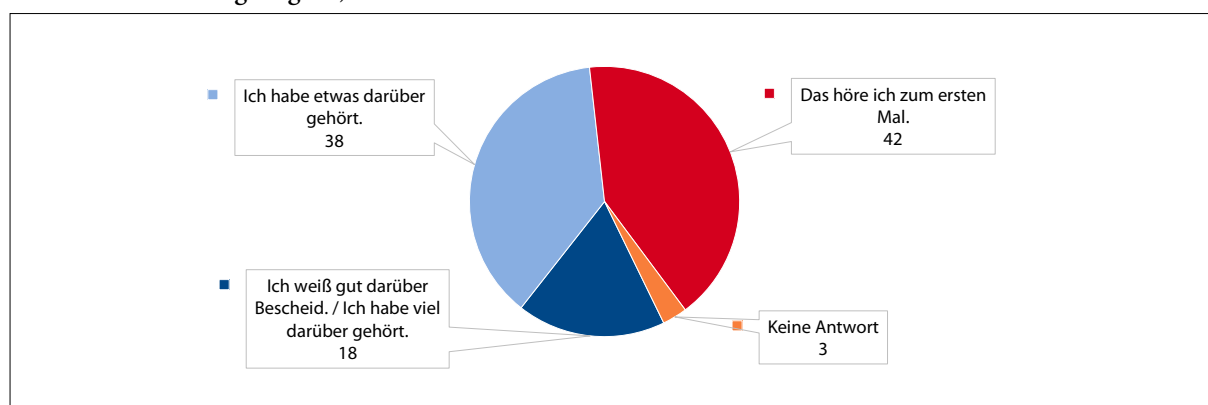
Die folgenden Umfragen wurden am 20. – 24. April 2018 vom Lewada-Zentrum durchgeführt und repräsentieren die öffentliche Meinung zum Thema.

Grafik 1: Haben Sie von der Sperrung des Messenger-Dienstes »Telegram« auf russischem Staatsgebiet gehört? (eine Antwortnennung möglich)



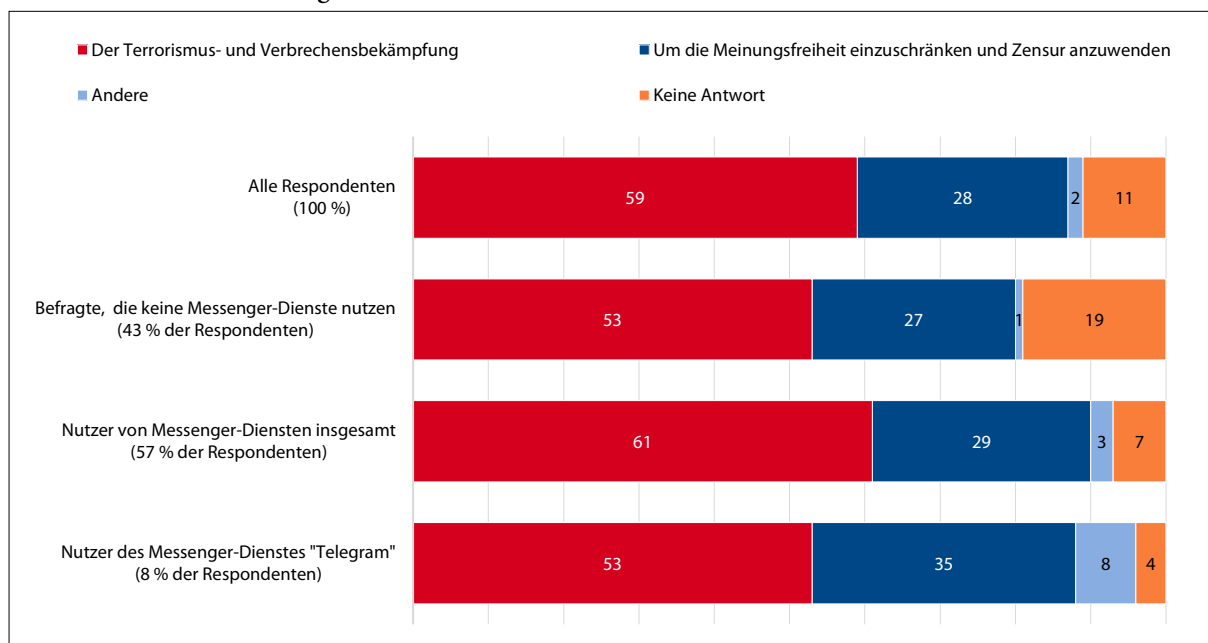
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. – 24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/03/blokirovka-telegram/>>, 3. Mai 2018.

Grafik 2: Haben Sie davon gehört, dass Internetdienste gesetzlich verpflichtet sind, auf Anfrage den Zugang zum persönlichen Schriftverkehr der Nutzer an Rechtsschutzorgane weiterzugeben? (eine Antwortnennung möglich)



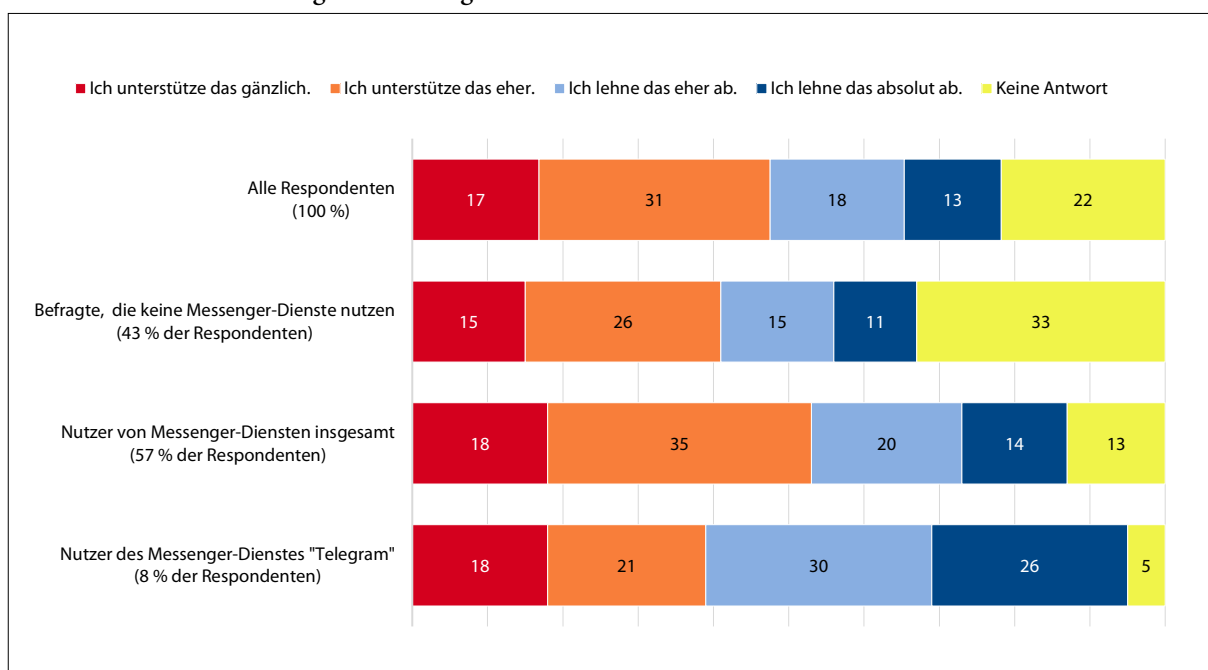
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. – 24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/03/blokirovka-telegram/>>, 3. Mai 2018.

Grafik 3: Was glauben Sie, welchem Zweck dienen diese Maßnahmen: der Bekämpfung des Terrorismus oder um die Meinungsfreiheit einzuschränken und Zensur anzuwenden?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. – 24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/03/blokirovka-telegram/>>, 3. Mai 2018.

Grafik 4: Unterstützen Sie persönlich die entsprechende Gesetzgebung oder lehnen Sie diese ab, nach der Internet-Server verpflichtet sind, auf Anfrage den Zugang zum persönlichen Schriftverkehr der Nutzer an Rechtsschutzorgane weiterzugeben?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. – 24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/03/blokirovka-telegram/>>, 3. Mai 2018.

Tabelle 1: Nutzen Sie Messenger-Dienste für Ihr Mobiltelefon (Apps für den Austausch von Nachrichten oder Telefonie)? Wenn ja, welche?

	Umfrage vom		
	16. Februar 2018	17. März 2018	18. April 2018
WhatsApp	17	24	36
Viber	16	20	29
Vkontakte (App für Nachrichten)	-*	15	26
Skype	14	12	19
Telegram	1	3	8
Messenger für Facebook	2	3	5
ICQ	2	3	2
iMessage / FaceTime	2	3	1
Hangouts von Google	2	1	1
Snapchat	-*	1	1
Signal	-*	1	<1
TamTam	-*	-*	<1
Andere	<1	1	2
Ich nutze diese Apps nicht.	65	52	43
Keine Antwort	4	5	1

Den Respondenten wurde eine Liste vorgelegt und sie hatten mehr als eine Auswahlmöglichkeit.

** Diese Antwortmöglichkeit war zur Zeit der Befragung nicht aufgelistet.*

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20. – 24. April 2018, <<https://www.levada.ru/2018/05/03/blokirovka-telegram/>>, 3. Mai 2018.

DEKODER

Sanktionen für immer

Wladislaw Inosemzew (Snob)

Der folgende Beitrag des russischen Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Wladislaw Inosemzew erschien ursprünglich am 30. März 2018 in der Zeitschrift Snob und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Die Beweislage im Fall Skripal ist nach derzeitigem Stand der Veröffentlichungen sehr dünn. Dennoch entschlossen sich rund 25 Länder, über 140 russische Diplomaten auszuweisen. Für viele unabhängige Beobachter in Russland ist der Fall klar: Es sei dem Westen nicht so sehr um Skripal gegangen, sondern vielmehr darum, einen Schulterchluss zu demonstrieren. Dieser sei notwendig gewesen, weil der Westen nicht anders auf die ständigen Herausforderungen seitens Russlands zu reagieren wusste. Angliederung der Krim, Krieg im Osten der Ukraine, Abschuss der MH17, Krieg in Syrien, Einmischung in Wahlen und so weiter – dies seien die eigentlichen Ursachen; der Fall Skripal sei nur der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, so die Beobachter.

Auch der Wirtschaftswissenschaftler Wladislaw Inosemzew kann nachvollziehen, warum der Westen trotz dürftiger Beweislage solch drastische Maßnahmen ergreift. Auf Snob meint der kritische Intellektuelle, dass der russischen Außenpolitik eine der wichtigsten Eigenschaften abhanden kommt – ihre Rationalität.

In der Eskalations-Spirale

Die kürzliche Ausweisung von 139 russischen Diplomaten aus 24 Ländern ist außergewöhnlich. Besonders wenn man bedenkt, dass es keine Reaktion auf Provokationen dieser Staaten war, sondern ein Zeichen der Solidarität mit Großbritannien, das Russland des Attentats auf den ehemaligen Spion Sergej Skripal beschuldigt.

Derzeit ist es Mode, die aktuellen Ereignisse als einen neuen Kalten Krieg zu bezeichnen – und ich sage schon lange, dass das für die veränderte Form der russischen Beziehungen zum Westen durchaus angemessen ist. Allerdings gehen die Ereignisse mittlerweile womöglich darüber hinaus (oder genauer gesagt, in eine etwas andere Richtung).

Die Ereignisse von 2014 und 2015 in der Ukraine haben den Westen sehr beunruhigt; Putins Auftritte von 2007 und 2008 in München und in Bukarest, der fünfjährige Georgienkrieg sowie Moskaus Versuche, seinen Einfluss auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu festigen und freundschaftliche Beziehungen mit einigen Staatschefs Mitteleuropas auszubauen – das alles passte, zusammen mit dem aggressiven Vorgehen Russlands, sehr gut zu dem früheren Bild.

Verständlich wirkten auch die unterschiedlichen [russischen – Anm. d. Red.] Reaktionen: Distanziertheit, Unterstützung der Verbündeten, Konkurrenz und Rivalität an der globalen Peripherie. Über Putin hieß es gemeinhin, er verstehe nur die Regeln eines Nullsummenspiels: Wenn einer Verluste macht, macht der andere Gewinne.

Was hat der Kreml denn erreicht?

Schon seit Mitte der 2010er Jahre hat sich die Situation, wie mir scheint, allmählich verändert, auch wenn es nicht sofort zu bemerken war. Russlands Einmischung in die amerikanischen Wahlen, das Geschäcker mit Europas radikalen Rechten, die offenkundige Unterstützung von Kriegsverbrechern wie Assad und der staatliche Terror gegen Regimegegner und Menschen, die Putin selbst oder sein Umfeld als Verräter betrachten – all das deutet nicht nur darauf hin, dass der Kreml keinerlei Regeln mehr anerkennt. Weit wichtiger ist, dass Moskau bei bestimmten Schritten seinen eigenen Nutzen überhaupt nicht mehr im Sinn hat.

Denn was hat der Kreml damit erreicht, dass er in der Geschichte der amerikanischen Wahlen 2016 eine schmutzige Spur hinterlassen hat? In Bezug auf Russland überhaupt nichts: Wer auch immer die Wahlen ohne die russische Einmischung gewonnen hätte – die Beziehungen zwischen beiden Ländern wären wohl kaum schlechter, als sie es heute sind. Die einzigen Folgen sind

eine übermäßige Anspannung im amerikanischen politischen System und die Verschärfung interner Kämpfe des Establishments in Washington.

Und was erreicht der Kreml in Europa, wenn er antieuropäische Kräfte unterstützt und finanziert? Offenbar wiederum eine Destabilisierung.

Der Großteil Europas wird antirussischer werden

Bezeichnend ist, dass allein das Aufkommen der Rechten, sollte es dazu kommen, Russland nichts bringen wird. Die EU wird nicht auseinanderbrechen, nur weniger effektiv werden. Und die proeuropäischen Kräfte werden einfacher argumentieren können, dass sich die Länder des Alten Europa verbünden sollten – wenn nicht für etwas, dann doch gegen jemanden.

Und sogar wenn die proputinischen Kräfte hier und da lokale Siege erringen sollten, ändert es nichts an der Gesamtsituation. Der Großteil Europas wird immer antirussischer werden.

Was hat Putin erreicht, indem er in Großbritannien allem Anschein nach mittlerweile etwa ein Dutzend seiner persönlichen Feinde ermorden ließ, die längst aller Möglichkeiten beraubt waren, Russland zu schaden? Man sollte doch meinen, es hätte niemand etwas davon, wenn Russland zum internationalen Outlaw wird.

Die Reaktion des Westens in Form von einer Ausweisung russischer Diplomaten zeugt von einer neuen Wirklichkeit, die vor allem darin besteht, dass der Westen Russland überhaupt nicht mehr versteht. Was nicht überraschend ist, denn es ist heute tatsächlich völlig unklar, was Putin will. Zum Diktator im eigenen Land werden, das nicht einmal mehr den Anschein einer Demokratie wahr? Daran hindert ihn der Westen nicht, er versucht es nicht einmal besonders nachdrücklich. Die Sowjetunion wiedererrichten? Nur zu – fraglich ist nur, ob die zentralasiatischen Khans und Bey das wollen, bislang sehen Moskaus Versuche der Integration nicht sehr vielversprechend aus. (Die Ukraine ist ein Sonderfall, hier wäre es allerdings zielführender gewesen, mit dem ukrainischen Volk zu verhandeln anstatt mit Brüssel oder Washington.) In Russland gestohlenen Geld in Europa und anderen Offshores waschen? Ich habe bislang nichts davon gehört, dass russisches Kapital eingefroren oder Eigentum beschlagnahmt worden wäre.

Weil der Westen Russland nicht versteht, geht er dazu über, Signale zu senden und anzudeuten, Putin möge doch zur Vernunft kommen: Er soll nicht einmal

weniger antiwestlich werden, nur rationaler; vom Himmel auf die Erde zurückkehren, und nach Möglichkeit Chaos innerhalb der eigenen Grenzen anzetteln.

Russland ist deutlich verwundbarer

Der Kreml gibt vor, diese Signale nicht zu verstehen und handelt lieber nach dem Prinzip der »symmetrischen Reaktionen«. Doch was zu Zeiten des Kalten Krieges normal war, ist es heute nicht mehr. In den 1970ern hatten die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei keine Villen in Südfrankreich und auch keine Firmenkonten in Luxemburg oder Delaware. Russische Betriebe waren nicht Teil von Unternehmen, die im Westen Kredite laufen hatten. Die heimische Industrie konnte die Bevölkerung mit dem Nötigsten versorgen und das, was fehlte, ließ sich über osteuropäische Satellitenstaaten beziehen. Heute ist alles anders. Russland ist deutlich verwundbarer, nicht mal so sehr durch amerikanische Atomraketen als vielmehr durch europäische Wirtschaftssanktionen.

Symmetrische Reaktionen waren brauchbar, als beide Seiten durch Interessen gelenkt waren. Handelt jedoch eine Seite aus einer banalen Kränkung heraus, werden sie kontraproduktiv. Moskau nimmt an, man würde es »hochnehmen«. Aber in Wirklichkeit bedeutet das Signal etwas anderes: Man hat mit dem Kreml nichts zu besprechen, allein die Vorstellung erscheint den meisten unangenehm. Wozu sollte man in dieser Situation in den Ländern der Gegner Botschaften haben, die stärker besetzt sind als die Auslandsvertretungen in den Ländern der treuesten Freunde?

Die Sanktionen sind quasi für immer

Will man auf Grundlage der letzten Schritte des Kreml Analogien finden, so erinnern sie weniger an die Handlungen von Chruschtschow oder Breschnew, als vielmehr an die Experimente aus der Stalinzeit: Als sowjetische Geheim-

dienste im Ausland [sogenannte – Anm. d. Red.] Feinde der Revolution ausschalteten und der Kreml – trotz der nationalsozialistischen Gefahr – von den deutschen Kommunisten verlangte, nicht mit den Sozialdemokraten zu pakieren. Damals schien es, die maximale Destabilisierung der demokratischen Länder könne zu deren Kollaps und damit zur weltweiten Herrschaft des Proletariats führen.

Die Geschichte hat uns eines Besseren belehrt. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik hat niemandem so sehr geschadet wie der Sowjetunion. Sollte die europäische Integration scheitern, wird Russland auch diesmal wohl kaum davon profitieren.

Vor kurzem noch freuten wir uns über den Brexit, erinnert ihr euch? Gingen davon aus, dass ein selbstständiges Großbritannien die EU-Bürokratie schwächen würde. Allerdings sieht es bisher eher danach aus, als würde die »größere Selbstständigkeit« des Vereinigten Königreichs seine Entschiedenheit im Vorgehen gegen Moskau verstärken, und Europa (und nicht nur Europa) scheint durchaus geneigt, den »Abtrünnigen« zu unterstützen.

Ich kann also nur meine frühere Annahme wiederholen: Die Sanktionen gegen Russland sind quasi für immer. Denn anstatt die Ereignisse rational zu betrachten, das Für und Wider abzuwägen und eine Entscheidung zu treffen, die auf Deeskalation zielt, fährt Russland fort zu provozieren, zu lügen und sich herauszuwinden.

Dem Westen fällt es schwer, mit militärischen Mitteln darauf zu reagieren, und das möchte auch niemand, deswegen werden die Zeichen der Ächtung immer weiter zunehmen. Darauf sollte sich Russland einstellen – oder anfangen sich zu verändern. Aber damit ist offensichtlich nicht zu rechnen.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Maria Rajer*

Über den Autor

Wladislaw Inosemzew, Direktor des Forschungszentrums post-industrielle Gesellschaft, schreibt als Kolumnist regelmäßig für Republic, Vedomosti, RBC und andere russische Medien.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://snob.ru/selected/entry/135814>>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <<https://www.dekoder.org/de/article/skripal-sanktionen-eskalation>>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Snob und Wladislaw Inosemzew für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

16. – 28. April 2018

16.04.2018	Entgegen ihren ursprünglichen Plänen, im April täglich etwa 11,5 Milliarden Rubel (ca. 153 Mio. Euro) Devisen zu kaufen, verzichtet die russische Zentralbank bereits zum vierten Mal in diesem Monat auf den Ankauf. Sie begründet diesen Schritt mit der Schwankung am Markt. Der Rubel hatte zuletzt deutlich an Wert gegenüber dem Euro und dem US-Dollar verloren, nachdem die USA weitere Sanktionen gegen russische Unternehmen verkündet hatten.
17.04.2018	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« begann am Montag, das Urteil des Taganskij-Bezirksgerichts in Moskau umzusetzen und den Messenger-Dienst »Telegram« zu sperren. Auch IP-Adressen von Google und Amazon waren von der Sperrung betroffen. »Telegram« war zwischenzeitlich auf deren Cloud-Dienste ausgewichen, um ein Funktionieren der App zu gewährleisten. Wie die Wirtschaftszeitung »Wedomosti« berichtet, wurden etwa 15,8 Millionen IP-Adressen gesperrt. Zahlreiche russische Unternehmen klagten über Schwierigkeiten, weil ihre Homepages zeitweise nicht mehr erreichbar waren. Berichten von Branchenexperten zufolge liegen die wirtschaftlichen Schäden im dreistelligen Millionenbereich (in Euro).
18.04.2018	Nach Informationen der Tageszeitung »Kommersant« wird die Föderale Agentur für das Eisenbahnwesen (Rossheldor) für die Dauer der Fußballweltmeisterschaft eine Liste gefährlicher Güter herausgeben, deren Verladung und Transport während der WM in den ausrichtenden Städten nur eingeschränkt erlaubt sein wird. Am stärksten betroffen sei laut Experten der Knotenpunkt Jekaterinburg, der als Drehscheibe zwischen dem Westen und dem Osten Russlands gilt.
18.04.2018	Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation ermittelt gegen den ehemaligen stellvertretenden Direktor der russischen Strafvollzugsbehörde FSIN, Oleg Korschunow. Die Sprecherin des Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko, bestätigte, dass es bei der Vergabe des Auftrags zum Bau einer Haftanstalt auf der Krim Unregelmäßigkeiten gegeben haben soll. Korschunow soll den Auftrag an die Firma »Junistroj« in die Wege geleitet und sich davon eine Entlohnung erhofft haben. (Der Auftrag wurde bislang nicht erfüllt.) Gegen Korschunow laufen bereits zwei weitere Ermittlungen wegen Betrugs und Veruntreuung.
19.04.2018	Dem US-Magazin »Forbes« zufolge ist Wladimir Lissin, Vorsitzender des Direktorenrates des größten russischen Stahlproduzenten NLMK, der reichste Russe (mit einem geschätzten Vermögen von etwa 19,1 Milliarden US-Dollar). Der Direktorenratsvorsitzende des zweitgrößten Stahlherstellers Russlands, »Sewerstal«, Alexej Mordaschow, liegt mit einem Vermögen von 18,7 Milliarden US-Dollar auf Rang zwei. »Forbes« betont, dass trotz der gegen Russland geltenden Wirtschaftssanktionen die 100 reichsten Unternehmer Russlands ihr Vermögen im vergangenen Jahr um insgesamt 25 Milliarden US-Dollar auf zusammen 485 Milliarden US-Dollar vermehrt haben. Auch die Zahl der Milliardäre sei von 96 auf 102 gestiegen.
19.04.2018	Swetlana Petrenko, Sprecherin des russischen Ermittlungskomitees, teilt mit, dass gegen Oleg Kondraschow, zwischen 2010 und 2015 Leiter der Stadtverwaltung Nishnij Nowgorod und heute Generaldirektor des Telekommunikationsunternehmens »Wolga«, ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption eingeleitet wurde. Er und sein Stellvertreter, Wladimir Priwalow, sollen in den Jahren 2011 bis 2013 Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt 17 Millionen Rubel (ca. 225.000 Euro) angenommen haben. Wladimir Priwalow kam in Untersuchungshaft, nach Kondraschow wird noch gefahndet.
19.04.2018	Jurij Palamartschuk, stellvertretender Leiter der Stadtverwaltung der südrussischen Stadt Sotschi, wird wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch festgenommen. In seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender einer Reinigungsfirma soll er Aufträge zur Stadtreinigung zu überhöhten Preisen abgeschlossen haben. Der Schaden für die Stadt soll sich auf etwa 115 Millionen Rubel (ca. 1,5 Mio. Euro) belaufen.
20.04.2018	Igor Leonow, ehemaliger Vorsitzender des Exekutivkomitees der Regierungspartei »Einiges Russland«, wird aus der Partei ausgeschlossen. Er wurde am 18. April wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch verhaftet. Leonow war Verwaltungschef des Rayons Sosnogorsk in der Republik Komi und Vorsitzender des dortigen Regionalverbandes von »Einiges Russland«.
21.04.2018	Im Rahmen einer Sitzung von IWF und Weltbank treffen sich der russische Finanzminister Anton Siluanow und sein US-amerikanischer Kollege Steven Mnuchin in Washington. Thema des Gespräches sind unter anderem die von der US-Regierung gegen russische Unternehmen und Personen eingeführten Sanktionen.
24.04.2018	Einer Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts »Lewada-Zentrum« zufolge halten 63 Prozent der Russen den Anstieg der Preise für eines der drängendsten Probleme der russischen Gesellschaft. 47 Prozent der Befragten sorgen sich um die Armut im Land, 40 Prozent um die steigende Arbeitslosigkeit.
24.04.2018	Nach der Ankündigung des US-Finanzministers Steven Mnuchin, die Sanktionen gegen den russischen Aluminiumhersteller »RusAl« noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls zu entschärfen, stiegen die Aktien des Konzerns am russischen Aktienmarkt innerhalb von zwei Tagen um etwa 27 Prozent. Mnuchin stellte außerdem in Aussicht, die Sanktionen gegen den Konzern ganz außer Kraft zu setzen, sollte der derzeitige Haupteigentümer, Oleg Deripaska, seine Firmenanteile verkaufen und damit aus dem Geschäft ausscheiden.

24.04.2018	Im ersten Quartal 2018 sind die Preise für Lebensmittel in Russland um durchschnittlich 1,7 Prozent gestiegen. Dies gibt der statistische Dienst »Rosstat« bekannt. Dabei verteuerten sich vor allem Gemüse (im Schnitt um 12,6 Prozent) und Obst (im Schnitt um 8,7 Prozent), während Fleisch- und Fischprodukte (um 0,6 Prozent) und Backwaren (um 0,1 Prozent) günstiger wurden.
25.04.2018	Auf der Rangliste zur Pressefreiheit, die jährlich von »Reporter ohne Grenzen« erstellt wird, wird Russland unverändert auf Platz 148 von 180 geführt. Die Organisation bewertet die Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern anhand von Kriterien wie Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, Arbeitsumfeld und Selbstzensur sowie Anzahl von gewalttätigen Übergriffen auf Journalisten. Für das Jahr 2017 stellt »Reporter ohne Grenzen« fest, dass sich die staatliche Propaganda durch Medien wie »Russia Today« oder »Sputnik« weiter verstärkt habe.
27.04.2018	Oleg Deripaska, Haupteigentümer des weltweit zweitgrößten Aluminiumherstellers »RusAl« tritt unter dem Druck der US-amerikanischen Sanktionen als Direktorenratsvorsitzender des Konzerns »En+« zurück und reduziert seine Aktienanteile auf unter 50 Prozent. »En+« besitzt die Kontrollmehrheit an »RusAl« und wurde im Jahr 2002 als Holdinggesellschaft für den Aluminiumhersteller gegründet. Im Februar war Deripaska bereits als Direktorenratsvorsitzender von »RusAl« zurückgetreten.
28.04.2018	In St. Petersburg wird das erste schwimmende Atomkraftwerk, die »Akademik Lomonossow« zu Wasser gelassen. Es nimmt Kurs auf Murmansk, um dort nukleare Brennelemente zu laden. Das Kernkraftwerk soll in Zukunft eine Hafenstadt im Autonomen Bezirk der Tschuktschen sowie Ölbohrinseln mit Energie versorgen. Naturschutzorganisationen warnen vor den Gefahren für Mensch und Umwelt.
28.04.2018	In der Diskussion um den Gesetzentwurf zu Gegenseanktionen als Reaktion auf die US-Sanktionen fordert der Vorsitzende des »Menschenrechtsrates beim Präsidenten der Russischen Föderation«, Michail Fedotow, das darin enthaltene Einfuhrverbot von Medikamenten aus den USA zu streichen. Auch die Menschenrechtsbeauftragte, Tatjana Moskalkowa, schließt sich dieser Forderung an. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs in der Staatsduma ist für den 15. Mai geplant.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Göbel
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

